



AKSB-Bericht 2010 Vorstand und Geschäftsführung

Inhalt

1. Zeitanlagen	3
1.1 Politische Bildung im politischen Kontext	3
1.2 Rahmenbedingungen	3
1.3 Potentiale	4
2. AKSB-Strukturen	5
2.1 Vorstand	5
2.2 Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)	5
2.3 Projekte	5
2.4 Geschäftsstelle	7
3. Themen, Formate, Didaktik, Zielgruppen	8
3.1. Partizipation	8
3.2 Armut	10
3.3. Globalisierung	12
3.4. Arbeitsgesellschaft	13
3.5 Historische politische Bildung	15
3.6 Demographischer Wandel	17
3.7. Weitere Themen	18
4. Kooperationen/Interessenvertretung/Netzwerke	19
4.1 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)	19
4.2 GEMINI	20
4.3 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)	20
4.4 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung	20
5. Anlagen	21
5.1 Termine der AKSB im Jahr 2010	21
5.2 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB	21
5.3 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2009/2010	22
5.4 Neue AKSB-Publikationen 2010	23
Impressum/Bildnachweis	23



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitwirkende in der AKSB,

die Arbeit geht der politischen Bildung nicht aus. In Gesellschaft und Politik gibt es immer wieder Fragen, die Kontroversen auslösen und Diskurse zur Klärung oder Entscheidungsfindung erfordern. Da Demokratie ein ständiges Abstimmungsfeld darstellt und immer wieder neu geübt und gepflegt werden muss, sind immer wieder neue Generationen in demokratisches Verhalten einzuführen oder wieder dafür zu aktivieren.

Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) hat sich dieser Aufgabe im Jahr 2010 erfolgreich gestellt. Die zahlreichen Angebote ihrer Mitgliedseinrichtungen fanden starken Zuspruch und deckten alle Felder des gesellschaftlichen Lebens ab. Die Arbeitsgemeinschaft als Ganzes hat dafür den organisatorischen Rahmen bereitgestellt und durch Weiterentwicklung und Aktualisierung der „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB“ Qualitätsstandards gesetzt.

Dieser Bericht informiert Kooperationspartner, Fachstellen und Zuwendungsgeber über die Aktivitäten der katholischen Fachorganisation für politische und sozioethische Bildung und gibt gleichzeitig den Mitgliedern Rechenschaft.

Wir danken allen, die unsere Arbeit in diesem Jahr interessiert begleitet und durch Kooperation und Förderung unterstützt haben.

Dr. Alois Becker *Lothar Harles*
(Vorsitzender) (Geschäftsführer)

>>> 1. Zeitansagen

Anlässe für politische Bildung aktiv zu werden, gibt es genügend: die Diskussion um Stuttgart 21, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die Zulässigkeit von Gentechnik, die Finanzkrise oder den Islam in Deutschland. Immer wieder geht es darum,

- welche Informationen benötigen die Bürgerinnen und Bürger über Sachverhalte?
- wie können die Diskussionsprozesse vor den Entscheidungen transparent und beteiligungsorientiert organisiert werden?
- welche Werte liegen den gefällten oder zu fällenden Entscheidungen zu Grunde?
- wie kann die Identifikation mit den Ergebnissen gefördert werden?

1.1 Politische Bildung im politischen Kontext

Für die Gestaltung und das Gelingen von politischer Bildung benennen wir einige Vorgaben aus der Politik. Als Bestandteil von Bildung und Weiterbildung orientiert sich politische Bildung an der Entwicklung der Bildungspolitik. Diese hat in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Die Bundesregierung betont immer wieder, wie wichtig Bildung und Ausbildung für die Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft der Zukunft sind. Deshalb will sie die Mittel, die für Bildung und Forschung aufgewendet werden, auf 10% des Bruttoinlandsprodukts anheben. Erstaunlicherweise rechnet man die Bildung für Demokratie noch nicht zum Bildungssektor. Der Hauptstrang der Diskussion dreht sich um die Bildung für Beschäftigung. Am Beispiel der EU Initiative Europa 2020 und den neuen Programmansätzen für das Lebenslange Lernen oder Youth on the move sowie an der Diskussion um den Bedarf an Bildung auf Grund des zu erwartenden Fachkräftemangels in Deutschland ist zu sehen, dass es nicht vorrangig um Beiträge der Bildung zu einem gelungenen Aufwachen und der Förderung von Demokratie geht.

Dass das Engagement von Bürgern mehr als gewünscht ist, lässt sich an der kürzlich veröffentlichten Strategie der Bundesregierung zum Engagement erkennen. Die vielfältigen Formen zivilgesellschaftlicher Initiativen werden ausführlich beschrieben und Überlegungen angestellt, wie sie von staatlicher Seite gefördert werden können. Auffällig ist, dass die politische Dimension dieses Engagements wenig ausgeprägt ist. Das wäre eine Chance für die Bildungsarbeit. Schließlich geht es nicht um dieses bürgerschaftliche Miteinander, sondern um alle Formen freiwilligen Engagements, auf die eine Gesellschaft absolut ange-

wiesen ist. Nicht ohne Grund wird als „Ersatz“ für den Wegfall des Wehrdienstes ein „freiwilliger Pflichtdienst“ ins Gespräch gebracht. Auf europäischer Ebene wird diese Zielrichtung deutlicher markiert. Das Jahr 2011 wurde zum europäischen Jahr des freiwilligen Engagements ausgerufen. In aktuellen und zukünftigen Förderprogrammen ist eine Komponente zivilgesellschaftlichen Engagements enthalten. Ziel ist hier die Entwicklung eines europäischen Bewusstseins und die Herausbildung einer europäischen Bürgerschaft.

Bereits heute und noch mehr in den kommenden Jahren wird die Arbeit der politischen Bildung von drei großen Fragestellungen bestimmt werden:

Was muss getan werden, um den gesellschaftlicher Zusammenhalt zu erhalten und auszubauen? Im Vordergrund stehen heute vor allem Diskussionen um die Rolle von Migration in der Gesellschaft. Von mindestens ähnlich großer Bedeutung ist aber die Bereitschaft und Fähigkeit der Einzelnen zur Bindung und zur Identifikation mit der Gesellschaft. Wenn es keine ausreichenden Orientierungen für das Zusammenleben gibt und die vorhandenen Strukturen in Frage gestellt werden, muss aktiv danach gesucht werden, Vorhandenes wieder zu beleben oder neue Formen für die Organisation der Gesellschaft zu finden.

Welche Folgen hat der demographische Wandel für die Gesellschaft der Zukunft? Was muss heute schon getan werden, um daraus sich entwickelnde Chancen zu nutzen und den notwendigen Umbau der Gesellschaft nicht als Rückbau zu gestalten? Hier sollte es nicht nur um zukünftige Beschäftigungsformen gehen, sondern auch um Krankheit und Pflege, ein gedeihliches Miteinander der Generationen und die Grundlagen einer Gesellschaft, die auf Nachhaltigkeit aufgebaut ist.

Wie können die immer komplexer und weit reichenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung mit ihrer Verwendung für die Produktion von Hightech in der Demokratie vermittelt werden? Wie kann Bürgerinnen und Bürger ein Einblick in deren Mechanismen und Reichweite gegeben werden? Politische Bildung hat die Chance, dazu Informationen zu vermitteln, Menschen, Wirtschaft und Forschung miteinander ins Gespräch zu bringen und nach ethisch verantwortbaren Wegen zur Nutzung zu suchen.

1.2 Rahmenbedingungen

Die Bildungsarbeit ist immer wieder auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. Politische Bildung ist in

Herausforderung für die politische Bildung: Demographischer Wandel

**Kompetenzprofil
für außerschulische
politische Bildung
notwendig**

vielen Zusammenhängen möglich und nicht alle diese Möglichkeiten werden schon genutzt. Häufig ist aber auch festzustellen, dass unter ganz anderen Bezeichnungen politische Bildungsansätze verfolgt werden. In den nächsten Jahren bedarf es intensiver fachlicher Diskussion, damit der Bezug von z.B. Gedenkstättenarbeit und Menschenrechtsarbeit zur Profession der politischen Bildung besser verstanden und positiv aufgegriffen wird. Noch wichtiger als diese Binnendiskussion ist die Erarbeitung eines Kompetenzprofils der außerschulischen politischen Bildung als einem Beitrag zur nicht-formalen Bildung. Das Problem, in der Bildungs- und Förderpolitik ausreichende Akzeptanz zu finden, liegt auch darin, dass die erzielten Wirkungen durch diese Bildungsarbeit noch nicht ausreichend erforscht sind. Dies macht es schwer, Anschluss an die Fachdiskussion im Zusammenhang mit der Entwicklung eines nationalen Referenzrahmens zum europäischen Qualifikationsrahmen zu finden.

Wie wichtig die Begleitung solcher globaler Diskussionen sein kann, zeigt sich an der im vergangenen Jahr von den Jugendministern verabschiedeten europäischen Jugendstrategie. Diese wurde inzwischen von Bund und Ländern in ein nationales Aktionsprogramm umgesetzt. Die Ziele dieser Strategie sind für die politische Bildung von großer Bedeutung:

- Unterstützung und Anerkennung von non-formalem Lernen, Mobilität und freiwilligem Engagement junger Menschen
- Unterstützung, Anerkennung und Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendhilfe
- Weiterentwicklung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa

Diese Ziele umfassen einen kontinuierlichen Dialog der jungen Menschen mit politisch Verantwortlichen z.B. im Rahmen des "Strukturierten Dialogs".

Trotz der Bedeutung von Profilen und politischen Leitzielen gehören die Förderung und deren Rahmenbedingungen zu den zentralen Rahmenbedingungen einer erfolgreichen bedarfsgerechten politischen Bildung. Für das Jahr 2010 sind widersprüchliche Tendenzen zu beobachten. Die Höhe der von öffentlichen Stellen bereitgestellten Mittel ist zwar stabil geblieben, die Bedingungen sind aber in vielfältiger Hinsicht in der Regel erschwert worden. Trotz des politischen Willens zur Verwaltungsvereinfachung hat der Aufwand in der Bearbeitung zugenommen. Besonders anzumerken ist, dass die Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Förderung der Bundeszentrale politische Bildung (bpb) durch die steuerlichen Bedingungen ergeben haben, noch nicht beseitigt sind. Auch auf Seiten des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP), der in diesem Jahr

sein 60-jähriges Bestehen feiert, zeichnen sich verhaltensmäßige Erschwernisse ab.

Für das Jahr 2011 und vor allem für die Jahre danach ist die Prognose eher düster. Die in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundeshaushalts vorgesehenen Kürzungen gehen an die Substanz und führen zu weniger Bildung für die Demokratie. Die politischen Bemühungen des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) gehen deshalb dahin, aktiv für die politische Bildung zu werben und die öffentliche Verantwortung für die Förderung (auch der freien Träger) zu betonen. Der bap hat dafür erfolgreich die Kampagne **Demokratie braucht politische Bildung** ins Leben gerufen und wird diese auch 2011 fortführen.

1.3 Potentiale

Die AKSB-Einrichtungen sind in der erfreulichen Lage, dass sie nicht über Teilnahmehangel klagen müssen. Es fehlen vielmehr die Finanzmittel, um den Bedarf zu decken. Trotzdem gilt es auch für die AKSB, immer wieder Bewährtes auf seine Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen und aktuelle Entwicklungen aufzugreifen. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Die Diskussion über die interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft nimmt derzeit einen breiten Platz ein und wird noch fokussiert auf die Rolle der Religion respektive des Islam für Gesellschaft und Staat. Die Träger der politischen Bildung und der kirchlichen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die katholische Kirche insgesamt sind in dieser Diskussion sehr aktiv. Eine zusammen mit dem Leiterkreis der katholischen Akademien und der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) im Juli 2010 durchgeführte Tagung zeigte: Vor Ort und überregional gibt es viele Dialogansätze und Informationsmöglichkeiten, Diskussions- und Bildungsveranstaltungen. Diese werden durch die Kooperationsstrukturen mit Migrantenorganisationen und Seminarangebote zur Integration verstärkt. In gleicher Weise organisieren Träger der politischen Bildungsarbeit auch ihre Arbeitsfelder bei der Ansprache von bildungsfernen Zielgruppen oder zur Förderung von Partizipation in verschiedenen Feldern gesellschaftlichen Lebens. Grundlage dafür ist das Leitbild der AKSB, die „Konvention zur katholisch-sozial orientierten politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“. Der im Jahr 1998 verabschiedete Text wurde im Jahr 2009 einer Revision unterzogen und um einige aktuelle Aspekte wie die Globalisierung und die Menschenrechtsarbeit ergänzt. Auch das Verständnis von politischer Bildung zum aktiven Bürger wurde überarbeitet und neuere Diskussionen aufgenommen. Damit besteht wieder ein zeitgemäßes System der Qualitätssicherung für die Bildungsarbeit der AKSB-Mitglieder.

>>> 2. AKSB-Strukturen

2.1 Vorstand

Im AKSB-Vorstand gab es im vergangenen Jahr einen Wechsel. Pater Tobias Karcher SJ schied als stellvertretender Vorsitzender aus, weil er zum Leiter einer Bildungseinrichtung in der Schweiz berufen wurde. Bei den turnusgemäßen Neuwahlen wurde Bernhard Bickmann, Franziskanisches Bildungswerk (FBW), zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Als weitere Vorstandsmitglieder bestimmte die Mitgliederversammlung: Ulrike Gentner, Alois Nock, Pater Johann Spermann SJ, Benedikt Widmaier. Dr. Alois Becker war bereits im Vorjahr wieder als Vorsitzender gewählt worden.

Der Vorstand führte im Berichtszeitraum sechs Sitzungen und die Telefonkonferenzen durch. Er traf sich zweimal mit den Infrastrukturstellen.

2.2 Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)

Als Zusammenschluss von über 60 Akademien, Bildungseinrichtungen und Verbänden ist es Aufgabe der AKSB, die politische Bildung katholischer Träger anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Aufgrund ihrer je eigenen Tradition und Aufgabenstellung sowie regionaler Bedingungen verfolgen die Mitgliedseinrichtungen der AKSB und Verbände in der politischen Bildung bestimmte thematische Schwerpunkte und sprechen bestimmte Zielgruppen an. Die Bundesweite Zusammenarbeit (BZA) der Mitglieder sichert den Austausch untereinander sowie die Evaluation und Weiterentwicklung der Bildungsmaßnahmen der Träger. Die Mitwirkung der AKSB-Mitglieder wird in verschiedenen Stufen im Hinblick auf Intensität und Verpflichtung zur Teilnahme gewährleistet.

Nach fünf Jahren Laufzeit der BZA hatte der AKSB-Vorstand beschlossen, die aktuelle Struktur der BZA zu überprüfen. Ziel war es, den Bedarf im Bereich der Zusammenarbeit zu reflektieren und die derzeitige BZA dahingehend zu überprüfen, ob sie ihm entspricht. Da der Vorstand in die Überprüfung der BZA möglichst viele Beteiligte einbeziehen wollte, hatte er die Geschäftsstelle mit dem Entwurf eines Fragebogens beauftragt. Dieser beschreibt die wesentlichen Aufgaben der einzelnen Bestandteile der Zusammenarbeit und formuliert Orientierungsfragen dazu. Der Fragebogen richtete sich an die Leitungen der Mitgliedseinrichtungen, die Mitglieder der Fachgruppen, die Inhaber/-innen der Infrastrukturstellen, Teilnehmende an Fachtagungen und Fachkonferenzen, den AKSB-Vorstand und die Geschäftsstelle.

Mehr als die Hälfte der Mitgliedseinrichtungen beteiligte sich an dieser Umfrage. Die umfassende Auswertung zeigte, dass generell der Austausch und die Kooperation in der AKSB als wichtig empfunden werden und die verschiedenen Tagungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit auf gute Resonanz treffen. Deutlich wurde aber auch, dass Zeit eine zunehmend knappe Ressource ist und die Einrichtungen daher viele Angebote nicht wahrnehmen können, auch wenn sie diese als interessant und hilfreich empfinden.

Die Ergebnisse wurden anschließend ausführlich in der AKSB diskutiert: Bei der Kooperationskonferenz Erwachsenenbildung (Mai), der Verwaltungsfachtagung (Juni) und der Fachkonferenz Internationale Arbeit (April) waren die Strukturen der Zusammenarbeit Gegenstand der Diskussionen. Die Beteiligten der Fachkonferenz Internationales haben Stellung zur Situation und Zukunft der Internationalen Arbeit in der AKSB genommen. Diese Anregungen, ebenso wie die Rückmeldungen aus den anderen Konferenzen und den Fragebögen wurden im Juni von den Infrastrukturstellen in einem Workshop aufgegriffen. Die Ergebnisse dieses Arbeitstreffen wiederum waren im Juli Gegenstand einer Sonder-Vorstandssitzung. Dann stellte der Vorstand einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der BZA zur Diskussion. Die Beratungen dazu fanden im September in den Fachgruppen und in einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Infrastrukturstellen statt. Auf den vorherigen Diskurs basierend entwickelten Geschäftsstelle und Vorstand einen Vorschlag, der den Wünschen der Infrastrukturstellen sowie den veränderten Rahmenbedingungen gerecht wird. Nach einer erneuten konstruktiven Diskussion ist ein entsprechender Beschlussvorschlag des Vorstandes für die Mitgliederversammlung erarbeitet worden. Wesentliche Elemente dieses Vorschlags sind die Beibehaltung der drei Fachgruppen, die Einrichtung von Pool-Stellen und eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Geschäftsstelle und den Fachgruppen.

2.3 Projekte

Projekte der AKSB sind gemeinsame Arbeitsvorhaben mit in der Regel zeitlicher Befristung in Projektleitung und Koordination und einer definierten Zielsetzung. Sie stehen allen Mitgliedseinrichtungen zur Mitwirkung offen. Die AKSB hat im Jahr 2010 ihre in den Vorjahren initiierten Projekte weiter etabliert und in den Netzwerken gefestigt, so dass für die Zukunft tragfähige langfristige Partnerschaften zwischen den einzelnen Kooperationspartnern und den Mitgliedseinrichtungen entstehen konnten.

*Ausführliche
Diskussion der
Bundesweiten
Zusammenarbeit
(BZA)*

**Europäisches Projekt
„European InfoNet“
etabliert sich**

Projekt European InfoNet Adult Education

Das Grundtvig-Projekt European InfoNet Adult Education (www.infonet-ae.eu) befindet sich seit Oktober 2008 in seiner zweiten Projektphase. 2010 konnte das neue Logo und corporate design des Netzwerkes umgesetzt und bei den Mitgliedern beworben werden. Mit InfoLetter und Website verfügt das Netzwerk nun über eine optimale Informationsplattform für Nachrichten zu aktuellen Themen und Entwicklungen in der europäischen Erwachsenenbildung. Dem Netzwerk gehören zurzeit 27 Korrespondenten aus 22 Ländern an. Seitens der AKSB ist Geschäftsführer Lothar Harles Mitglied der Steuerungsgruppe, Markus Schuck Mitglied der Arbeitsgruppe Marketing und Projektreferent Dr. Stefan Baumeister Korrespondent.

**Kooperation mit Bundeswehr und
Militärseelsorge**

Die AKSB hat 2010 ihre Kooperation sowohl mit der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung als auch mit der katholischen Militärseelsorge im Bereich der ethischen Bildung sowie seelsorglichen Veranstaltungen fortgeführt. Etwa ein Drittel aller AKSB-Mitgliedseinrichtungen sind an diesem längerfristig angelegten Kooperationsprojekt beteiligt.

**Netzwerk politische Bildung
in der Bundeswehr**

Die AKSB ist Mitglied des von der bpb initiierten Netzwerkes politische Bildung in der Bundeswehr und übernimmt dort zentral die Bewerbung und Vermittlung von Anfragen der Bundeswehr für beteiligte Mitgliedseinrichtungen. Die Verantwortlichen in der Bundeswehr konnten sich auch 2010 wieder über die Werbe- und Informationsplattformen der bpb und des Verteidigungsministeriums an kompetente Träger direkt wenden oder über die AKSB Geschäftsstelle sich ausgewählte AKSB Mitglieder empfehlen und vermitteln lassen.

**Zwischenbilanz beim AKSB/KBE Projekt
zum Lebenskundlichen Unterricht**

Die AKSB hat seit Jahren Angebote für die Katholische Militärseelsorge in den Engagementbereichen

Exerzitien, Werkwochen oder auch Familienveranstaltungen. Seit 2009 trägt die Dachorganisation der katholischen Erwachsenenbildung, die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), unter Federführung der AKSB-Geschäftsstelle das Projekt „Lebenskundlicher Unterricht (LKU)“. Mit dem Projekt wirken Träger der katholischen Erwachsenenbildung unter Einsatz ihrer Kompetenzen und Ressourcen daran mit, die Katholische Militärseelsorge beim Lebenskundlichen Unterricht von Soldatinnen und Soldaten zu unterstützen. Der Bedarf hierfür ist groß, da der Unterricht für alle Soldatinnen und Soldaten im Umfang von drei Tagen jährlich verpflichtend ist. Innerhalb der zunächst dreijährigen Erprobungsphase der Zentralen Dienstvorschrift aus dem Bundesverteidigungsministeriums zum LKU (2009 bis 2011) kann 2010 nun eine äußerst erfolgreiche Zwischenbilanz zu dem flächendeckenden und qualitativ überzeugenden und umfangreichen Angebot für die Militärseelsorge und dessen Inanspruchnahme gezogen werden.

Ausbau der AKSB Kooperation mit der KAS

Die AKSB hat die im vergangenen Jahr gestartete Kooperation mit der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) weiter ausgebaut und konkrete Veranstaltungsplanungen besprochen und abgestimmt.

**Kooperation mit der Polizei- und
Bundespolizeiseelsorge**

Ausgewählte Bildungseinrichtungen der AKSB arbeiteten auch 2010 gemeinsam mit der Seelsorge der Polizei des Bundes und der Länder zusammen oder unterstützten mit Fachreferenten die Polizei zu besonderen Themengebieten. Die Seminare haben meist aktuellen gesellschaftspolitischen Bezug, es wurden jedoch auch Ethik- und Wertevermittlungs- als auch polizeispezifische Veranstaltungen durchgeführt. Dabei werden soziale und seelsorgliche Anliegen, Themen der politischen Bildung sowie Fragen des gesellschaftlichen Wert- und Normenkanons in Bezug auf den Polizeidienst aufgegriffen.

Links:

Jahrestreffen der Träger und Korrespondenten des Europäischen Grundtvig-Projekts European InfoNet.

Rechts:

Wichtig für den Informations- und Erfahrungsaustausch: AKSB-Verwaltungsfachtagung in Bad Saarow.



2.4 Geschäftsstelle

Die AKSB-Geschäftsstelle ist den Aufgaben der AKSB verpflichtet. Sie unterstützt den Vorstand und die Mitgliedseinrichtungen in inhaltlich fachlichen, politischen, organisatorischen und finanziellen Fragen. Vorstandsarbeit, Tätigkeit im Rahmen der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA), die Entwicklung eigener Projektideen sowie die fachliche Begleitung und Weiterentwicklung von Themen der politischen Bildung gewährleisten den erstgenannten Bereich. Formal werden die beiden letzten Arbeitsschwerpunkte durch den Rechtsträger ermöglicht. Der AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. hat sich während der Mitgliederversammlung 2009 einen neuen Namen gegeben, der nunmehr auch die Identifikation mit der AKSB erleichtert. Als Verein übernimmt die AKSB zugleich die Aufgaben einer Zentralstelle. Insbesondere die Abteilung Finanzen in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Bildung bei inhaltlichen Fragen gewährleistet die ordnungsgemäße Beantragung und Abrechnung von öffentlichen Mitteln der Zuwendungsgeber BMFSFJ (KJP), BMI (bpb), BMZ und DPJW (vgl. S. 22/23).

Förderprogramme

Die einzelnen Förderprogramme entwickeln sich im Wesentlichen auch im Berichtsjahr positiv. Die politische Jugendbildung über KJP und die Erwachsenenbildung über bpb können im nahezu gleichen Maße gefördert werden wie in 2009. Durch die gute Zusammenarbeit mit den Fördergebern gelingt es, zusätzliche Mittel in der Nachbewilligung oder durch Sonderförderungen für die Träger zu gewinnen. Dabei ist der gute inhaltliche wie finanzielle Bearbeitungsstandard ein Qualitätsmerkmal, das auch von den Zuwendungsgebern geschätzt und honoriert wird. Bei den Kursen mit entwicklungs-politischer Thematik stellt sich die Zentralstelle den neuen Herausforderungen, die durch BMZ und Inwert definiert werden. Dabei ist festzustellen, dass auch neue Träger in diesem Feld gewonnen werden können, während für andere die neuen Antragsmodalitäten große Schwierigkeiten mit sich bringen. Im DPJW wird die Förderquote für den schulischen wie auch für den außerschulischen Bereich im Berichtsjahr konstant bleiben und ggf. sogar

steigen. Durch enge Kontakte zwischen den beiden DPJW-Büros in Potsdam und Warschau sowie der Geschäftsstelle konnten in diesem Jahr zahlreiche Erschwernisse in der Zusammenarbeit beseitigt werden. Dies zeigt sich auch in der neuen Fördervereinbarung, die abgeschlossen worden ist und Verfahrenserleichterungen für die Zentralstelle mit sich bringt. Gleichzeitig gibt es einen ersten Versuch, die schulischen Projekte in der Förderung und Abrechnung den außerschulischen anzugleichen, was auch Vorteile für die Träger bringt, welche im Schulaustausch tätig sind. Derzeit plant das DPJW eine Initiative, die Richtlinien für beide Austauschgruppen anzunähern. Damit wäre ein deutliches Signal für die Stärkung der Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsträgern gesetzt.

Fraglich bleibt derzeit, wie die Richtlinien der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in den kommenden Jahren aussehen werden. Nicht zuletzt durch die Diskussion um die Besteuerung von Bildungsveranstaltungen sieht sich die bpb zu Richtlinienänderungen veranlasst. Ein Entwurf soll bis zu einem ersten Gespräch mit den Trägern Mitte November vorgelegt werden. Verschärfungen der bestehenden Richtlinien z.B. durch die Pflicht der Vorlage einer Belegliste konnten bislang von den Mitgliedern der AKSB abgewendet werden. Ob dies auf Dauer möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Zum 01. Januar 2010 hat die Zentralstelle auch die Sachbearbeitung im Förderprogramm der bpb für die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft (KBE) übernommen.

Die Formalisierung vieler Verfahren bei den Zuschussgebern hat den Arbeitsaufwand und vor allem die Notwendigkeit einer ständigen Überwachung der zur Verfügung stehenden Mittel und des Bedarfes deutlich erhöht. Dies kann nur durch das hohe Engagement der Mitarbeitenden in der Zentralstelle aufgefangen werden. Interne Arbeitsabläufe wurden und werden ständig überprüft und optimiert. Dabei darf jedoch der persönliche Kontakt zu den Mitgliedseinrichtungen bei den dort verantwortlichen Mitarbeitenden nicht verloren gehen. Ziel der Zentralstelle ist es, jederzeit

Gute Zusammenarbeit mit den Fördergebern und dem DPJW



Links:

„Am Puls der Zeit“ mit neuen Publikationen: AKSB-Jahrbuch „Position beziehen im 21. Jahrhundert“, Konvention und aktualisierende Ergänzungen.

Rechts:

Die umfangreiche Kursbearbeitung erfolgt in der AKSB-Geschäftsstelle.

Kompetente Beratung und Unterstützung durch die AKSB-Geschäftsstelle

kompetenten Rat und Auskunft erteilen zu können und die schwierigen Förderbedingungen für die Praxis umsetzbar aufzubereiten. Dabei erstreckt sich die Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen nicht nur auf förderrechtliche Fragen sondern auf alle Probleme im politischen, inhaltlich-fachlichen, organisatorischen, personellen, finanziellen und rechtlichen Bereich. Die Geschäftsstelle sieht sich als Ansprechpartner, der die Einrichtungen in ihrer Gesamtheit im Blick hat. Dazu dient besonders die jährliche Verwaltungsfachtagung, die 2010 in Bad Saarow stattfand.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der AKSB-Geschäftsstelle dient zum einen für die Information der Mitglieder und die Kommunikation innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, zum anderen für die Schärfung des eigenen Profils gegenüber den Kooperationspartnern und in der Fachöffentlichkeit. Erneut haben die unterschiedlichen AKSB-Publikationen einen Beitrag geleistet, die Aufmerksamkeit für die AKSB-Bildungsarbeit nicht nur bei den Mitgliedern, sondern auch bei den Kooperationspartnern, Zuschussgebern und der Fachöffentlichkeit zu verbessern.

Der AKSB-*Inform* erscheint 2010 viermal im Jahr und hat mittlerweile eine Auflage von 900 Exemplaren. Mit dem Versand über eine Druckerei und eine web-basierte Korrektur konnte eine Reduzierung der Produktions- und Versandkosten erzielt werden.

Mit dem Titel „Position beziehen im 21. Jahrhundert“ erschien das AKSB-Jahrbuch 2011/2012 wie geplant

beim Wochenschau Verlag vor der AKSB-Jahrestagung 2010. Das Jahrbuch erhält mit dieser Ausgabe den Reihen-Namen Jahrbuch zur katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zugeteilt.

Mit der AKSB-Publikation „Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisierende Ergänzungen“ liegt die zeitgemäße und zukunftsorientierte Arbeitsgrundlage der AKSB-Mitgliedseinrichtungen als Ergebnis eines langen Diskurses vor. Das zehnjährige Bestehen der „Konvention der AKSB“ war Anlass, Grundlage und Leitbild zu überprüfen.

Mit der AKSB-Homepage wird die katholisch-sozial orientierte politische Bildung der AKSB, ihre Arbeitsstruktur und Organisation online sichtbar. Kontinuierliche Berichterstattungen über Tagungen, Projekte und Kooperation gewährleisten einen aktuellen Einblick in die Bildungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft. Der Zugang zum Bereich der Fachgruppen "AKSB im Trend" wurde optimiert, indem eine thematische Verknüpfung mit der Startseite erfolgte.

Ein positives Echo erzielen weiterhin die Publikationen „AKSB-Infoblätter“ und „AKSB didado® *spezial*“. Die „AKSB-Infoblätter“ stellen einen wichtigen Bezug von interner und externer Kommunikation zu den Tätigkeitsprofilen, Projekten und Seminarveranstaltungen in der AKSB her. AKSB-didado® *spezial* präsentiert Methoden zu einzelnen Themenfeldern, die in der Bildungspraxis der Mitgliedseinrichtungen entwickelt und erfolgreich erprobt wurden.

>>> 3. Themen, Formate, Didaktik, Zielgruppen

Die AKSB-Mitgliedseinrichtungen bieten für eine Vielzahl von Zielgruppen ihre Angebote der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu aktuellen Themen an. Mit den verschiedenen Formaten erreicht sie eine Vielfalt an Zielgruppen, die mit entsprechenden didaktischen und methodischen Settings erreicht werden. Einige Themen, die in der Arbeit der AKSB-Fachgruppen und der Arbeitsgemeinschaft derzeit eine wichtige Rolle in den Seminaren und/oder Fachdiskursen spielen, werden im Folgenden vorgestellt. Dabei werden Bereiche angesprochen, die in der Bildungsarbeit und den Diskussionen der AKSB bereits eine große Rolle spielen, als auch solche, die zukünftig stärker aufgegriffen werden sollten. Die dargestellten Themen stehen dabei exemplarisch für eine Reihe vieler weiterer, die in unseren Arbeitszusammenhängen relevant sind.

3.1. Partizipation

3.1.1 Kontext

Das Thema Partizipation bzw. Beteiligung spielt auf gesellschaftlicher und politischer Ebene eine wichtige Rolle. Immer wieder wird z. B. über niedrige Wahlbeteiligung berichtet und eine zunehmende Politik- bzw. Politikerverdrossenheit als Ursache angeführt. Mittlerweile ist aber auch die Diskussion über neue Beteiligungsformen vor allem junger Menschen allgegenwärtig, beispielsweise dass diese sich vor allem themenbezogen und kurzfristig engagieren – statt über Wahlen und klassische Parteien. Im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren zum Nichtraucherschutz in Bayern ist die Debatte um mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung neu entfacht worden. Aktuelles Beispiel sind auch die Bürger-Proteste gegen Stuttgart 21, in deren

Zusammenhang sich neue Protest- und Beteiligungsformen zeigen. Interessant erscheint hierbei: Es wird der Eindruck vermittelt, dass politische Entscheidungen gegen den mehrheitlichen Volkswillen getroffen werden und sich ein starker Protest formiert, quer durch die gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Der Protest, der von einigen mit den „Montagsdemonstrationen“ verglichen wird, ist durch kulturelle Veranstaltungen und inhaltliche Workshops begleitet. Diese Workshops greifen unter anderem Fragen auf, die im weiteren Sinne Partizipation thematisieren, z.B.: „was ist eigentlich mein Ziel“, „wie weit würde ich dafür gehen“ und „wo würde ich Gesetze übertreten“. Politik und politische Bildung müssen sich fragen, wo sie eventuell etwas versäumt haben bzw. wo ihr Beitrag zu dieser Auseinandersetzung liegen sollten.

3.1.2 Diskurse in der AKSB

Das Thema Partizipation ist in den Fachdiskursen und Veranstaltungen (nicht nur) der AKSB omnipräsent. Nach dem in der AKSB-Konvention grundgelegten Selbstverständnis katholisch-sozial orientierter politischer Bildung wird diese entscheidend zur Förderung von Partizipation beitragen. Das Thema spielt auch in den „Aktualisierenden Ergänzungen zur Konvention“ eine gewichtige Rolle. Hier wird als Fragestellung bzw. Herausforderung so zusammengefasst: „Wie kann das Ziel einer aktiven mündigen Bürgerschaft in eine zeitgemäße Praxis der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung überführt werden? Dabei gilt es zu klären, was unter politischer Partizipation zu verstehen ist und in wie weit auch andere Formen sozialer und gesellschaftlicher Beteiligung einen angemessenen und entsprechend vermittelten Platz in der politischen Bildung haben.“

Da ein sehr unterschiedliches Verständnis von Partizipation existiert, hat sich die AKSB der Fragestellung intensiv angenommen, was unter Partizipation bzw. politischer Partizipation zu verstehen ist und welche Bedeutung diese in den Seminaren der nicht-formalen politischen Bildung hat bzw. haben sollte. Dies war die zentrale Fragestellung bei der AKSB-Jahrestagung 2009 in Fulda. Dort wurden die aktuellen Fachdiskurse zum Thema aufgegriffen und anschließend dokumentiert, hingewiesen sei beispielhaft auf die AKSB-inform 4/2009 und das didado®-Spezial zum Thema Partizipation.

Anfang 2010 wurde das Merkblatt „Partizipation in Maßnahmen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung“ herausgegeben, das die verschiedenen Dimensionen und Fragestellungen von Partizipation aufzeigt und die Durchführenden von Seminaren anregt und unterstützt. Das Merkblatt kann dazu beitragen, dass der Partizipationsbegriff in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung geschärft und Seminarveranstaltungen diesbezüglich weiterentwickelt werden.

In der Arbeit der Fachgruppe I ist Partizipation ebenfalls ein zentrales Thema, wobei die aktuellen Herausforderungen und der Handlungsbedarf für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung herausgearbeitet werden. In der Fachgruppensitzung im Oktober 2009 war das Thema von zentraler Bedeutung; bei der Diskussion zur Konventionsdebatte und in Vorbereitung auf die Jahrestagung, sowie bei einem Erfahrungsaustausch zu Seminaren zum „Superwahljahr“ 2009. Es wurde erneut deutlich, dass man sich im Kontext von Partizipation auch mit Politischen und Parteiensystemen auseinandersetzen muss. Entsprechend wurde zur folgenden Fachgruppensitzung 2010 in Münster Prof. Dr. Roland Czada von der Universität Osnabrück eingeladen, der sich dort für den Studiengang „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ verantwortlich zeichnet. In der Diskussion kristallisierte sich ein wichtiges Thema heraus, das nun in der nächsten Sitzung im Mittelpunkt stehen soll: die Weiterbeschäftigung mit der Frage „Was ist das Politische in der politischen Bildung?“. Auch der Zusammenhang bzw. die Abgrenzung von Partizipation/Aktion und politischer Bildung soll diskutiert werden.

3.1.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

Das Thema wird in zahlreichen Kursen der Jugend- und Erwachsenenbildung in den Mittelpunkt gestellt. Mehrere Maßnahmen tragen Stichworte wie „Einmischen“, „Engagement“, „politisches Handeln“, „Mitbestimmung“ oder „Partizipation“ schon im Titel. Dabei wird in den Kursen Partizipation als Thema und als Prinzip (TN-Beteiligung) behandelt. In zahlreichen Maßnahmen werden Engagementfelder aufgezeigt, und zwar sowohl „klassische“ (wie Parteien, Verbände), als auch „moderne“ (Proteste, Flashmobs). Als Lernziel wurde in einigen Kursen politische Partizipation im engeren Sinne genannt, d. h. die Befähigung und Motivation zu Engagement in der (Kommunal-)Politik. Auch die Integration (von Neubürger/-innen) durch Beteiligung war Thema.

Die eingesetzten Methoden waren dabei breit gefächert. Sie beinhalteten z.B. Ansätze aus Betzavta, Zukunftswerkstätten und Planspiele. Aber auch Dialoge mit Politikern sowie Akteuren und Entscheidungsträgern aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wurden durchgeführt. So konnte in den Maßnahmen Partizipation auf den verschiedenen Ebenen – kommunal, bundesweit, europäisch, international – greifbar werden.

Die angesprochenen und erreichten Zielgruppen waren ebenfalls sehr bunt und schlossen zum Beispiel Neubürger/innen (Migrant/innen), bereits Engagierte (Senioren-, Werkstattvertretung), internationale Gruppen, „sozial benachteiligte“ Jugendliche und besonders begabte Schülerinnen und Schüler ein.

AKSB leistet entscheidenden Beitrag zur Förderung von Partizipation

**Partizipation bleibt
herausragendes Ziel
politischer Bildung**

**3.1.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/
Herausforderungen für die politische
Bildung**

Partizipation ist als herausragendes Ziel politischer Bildung auch weiter besonders im Blick zu behalten. Eine ganz zentrale Fragestellung ist dabei die oben beschriebene: Wie kann das Ziel einer aktiven mündigen Bürgerschaft in eine zeitgemäße Praxis der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung überführt werden (siehe 3.4.2)?

Insgesamt ist der Punkt Partizipation in den Evaluationsberichten (bis auf einige Ausnahmen) noch ausbaufähig. Das 2010 erschienene und damit bisher noch kaum berücksichtigte Merkblatt wird zu einer Verbesserung der Qualität beitragen.

Es gilt zudem, sich auch mit „modernen“ Beteiligungsformen auseinander zu setzen. Für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung wäre es interessant, die Zusammenhänge von Partizipation und Protest (als Ausgangspunkt?) zu reflektieren. Verwiesen sei hier auf das kürzlich erschienene Buch „Protest! Wie ich die Welt verändern und dabei auch noch Spaß haben kann!!!“ von Kirsten Brodde. Sie schreibt im Prolog, dass die Menschen eine hohe Bereitschaft hätten, sich eigenständig für ihre Interessen einzusetzen. Als Beweggrund für ihr Buch führt sie an: "Trotzdem weiß ich aus vielen Gesprächen, wie ungewohnt es für viele ist, sich zu engagieren, und spüre bei ihnen die Angst, sie könnten sich womöglich in Schwierigkeiten bringen. Genau deswegen habe ich dieses Buch geschrieben.“ (S.10/11). Und genau an dieser Stelle sollte die politische Bildung ansetzen. Der diesbezügliche Diskurs sollte in der AKSB daher weiter geführt und entsprechende Angebote weiter ausgebaut werden.

3.2 Armut

3.2.1 Kontext

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion sowie in der publizistischen und medialen Öffentlichkeit gibt es eine periodische Konjunktur des Themas „Armut“. Dabei wechseln Phasen der öffentlichen

Thematisierung und Phasen der Tabuisierung und Verharmlosung einander ab. Die Armutsdebatte ist nicht selten Teil einer politischen Propaganda. Armut wird als gesellschaftliches Problem dargestellt oder aber als Schicksal des Einzelnen bezeichnet. Die politischen Debatten zeigen in allen Phasen Hysterie, Suche nach Schuldigen und zum Teil einen äußerst zynischen Umgang mit dem Thema.

In Deutschland fand das Thema „Armut“ im Jahre 2010 eine starke Beachtung. Im europäischen Kontext wurde das Thema „Armut und soziale Ausgrenzung“ von der EU-Kommission zum europäischen Themenjahr erklärt. Das begründet sich u.a. darin, dass in der EU derzeit etwa 85 Millionen Menschen, entsprechend 17% der Bevölkerung, unterhalb der Armutsgrenze leben.

Der Begriff „Armut“ lässt sich nicht eindeutig definieren. Wirtschaftlich gesehen ist Armut eine Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen. Unterschieden wird zwischen einer absoluten Armut, die die physische Existenz bedroht, und einer relativen Armut, die sich in der Regel in Beziehung zum durchschnittlichen Einkommen definiert. In den europäischen Gesellschaften liegt das durchschnittliche Wohlstandsniveau in der Regel über dem physischen Existenzminimum. Daher wird ein relativer Armutsbegriff verwendet. Armut wird als auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung aufgefasst. Deshalb wird beispielsweise im „Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ die zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarte Definition einer „Armutsrisikoquote“ verwendet. Sie bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Personen beträgt. Gemeinsam ist allen Definitionen von Armut, dass es um eine ungleiche Verteilung von Lebens- bzw. Verwirklichungschancen hinsichtlich Wohnen, Bildung, Arbeit, Einkommen und der Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur geht.

Das Phänomen „Armut“ ist strukturell in der Gesellschaft nicht neu, auch wenn bestimmte Erschei-

Links:
Einen Schwerpunkt bilden Kurse mit Schülerinnen und Schülern zur SV-Arbeit.

Rechts:
Auch die interkulturelle Bildung ist Bestandteil der AKSB-Bildungsarbeit: Lernen in der Bibliothek der Akademie Klausenhof.



nungsformen zum ersten Mal auftreten. Neu ist der parallel dazu anwachsende Reichtum. Gerade die öffentlichen Diskurse machen den Themenzusammenhang „Armut und Reichtum“ zu einem wichtigen Thema der politischen Bildung.

3.2.2 Diskurse in der AKSB

Das Thema „Armut“ gehört seit Jahren zur Themenpalette der Seminare und Tagungen in der AKSB. Nicht zuletzt im Kontext des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ wurde z.B. in der Fachgruppe II noch einmal eine Schwerpunktsetzung vorgenommen, denn im Zusammenhang mit der Armutsfrage sind auch Grundanliegen von Sozialpolitik, Sozialstaat und sozialer Sicherung angesprochen. In der Februar-Fachgruppensitzung standen zunächst grundlegende Aspekte im Mittelpunkt. Diese betrafen Definitionsfragen, empirische Ergebnisse der Armutsforschung und theologisch-ethische Aspekte. So konnte festgestellt werden, dass eine Bekämpfung der Armut politisch nicht umstritten ist, sehr wohl aber die Frage, wann Armut vorliegt und mit welchen Maßnahmen Armut zu verhindern ist. Je nach Definition bleibt die ungleiche Verteilung von Lebenschancen und die mangelnden sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten ein Kernproblem.

Aktuelle Herausforderungen sind die soziale Polarisierung, das gleichzeitige Wachsen von Armut und Reichtum und in besonderer Weise das Problem der Kinderarmut. Unter Berücksichtigung entsprechender Dunkelziffern kann derzeit davon ausgegangen werden, dass jedes vierte Kind in Deutschland armutsgefährdet ist.

Hinsichtlich der Ursachen von Armut kann ein deutlicher Zusammenhang hergestellt werden zur massiven Ausweitung von Niedriglohnsektoren in den letzten 10 bis 15 Jahren sowie dem Anwachsen prekärer Arbeitsverhältnisse und eines Working Poor. Letztendlich ist in Deutschland trotz aller gegenteiligen Absichtserklärungen die sogenannte Hartz-Gesetzgebung für bestimmte Armutsentwicklungen mitverantwortlich. Von besonderem Interesse ist die Diskussion über Bildungschancen als eine wesentliche Voraus-

setzung für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. In der ethischen Argumentation der kirchlichen Tradition ist die Bekämpfung der „widergöttlichen“ Armut mit Fragen der Verletzung der Menschenwürde bzw. der Menschenrechte verknüpft und wird in der AKSB auch so diskutiert.

3.2.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

In den Seminaren, die sich insgesamt oder in Teilaspekten mit dem Thema „Armut“ befassen, werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und damit unterschiedliche Veranstaltungsformate realisiert. Zum einen handelt es sich um Interessierte, die sich, motiviert durch die öffentliche Debatte über Armut, in Veranstaltungen der politischen Bildung ausführlich informieren wollen. Zum anderen werden Zielgruppen angesprochen, die sich bereits als Akteure im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen, in Gewerkschaften, in sozialen Initiativen usw. im Themenfeld „Armut“ engagieren. Eine dritte Gruppe sind die von Armut Betroffenen selbst. Einzelthemen bei den Veranstaltungen sind: Ursachen der Armut, Ergebnisse der Armutsforschung, Armutsdefinitionen, Armut in Europa und in verschiedenen europäischen Regionen, europäische Sozialpolitik, prekäre Arbeit und Niedriglohn, soziale Sicherungssysteme (speziell SGBII-Regelungen), Kinderarmut, Hilfsprojekte (wie z.B. Tafeln, Sozialkaufhäuser), Grundsicherungsmodelle und Mindesteinkommen. Interessant ist, dass die Hilfsprojekte, bei denen von Armut Betroffene außerhalb der sozialstaatlichen Absicherung Unterstützung erfahren, unterschiedlich bewertet werden. Während auf der einen Seite von Best-Practices gesprochen wird, sehen andere hier eine „Ökonomie der Armut“ entstehen.

3.2.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/ Herausforderungen für die politische Bildung

Gemessen an der öffentlichen Beachtung der Armutsfrage und in Hinblick auf die Bedeutung für die angesprochenen Fragen sozialer Polarisierungen in der Gesellschaft ist die Anzahl der Veranstaltungen zum

Aktuelle Herausforderungen: Soziale Polarisierung und das Problem der Kinderarmut



Links:
Thema der diesjährigen Jahrestagung ist der Klimawandel und die Herausforderung für die politische Bildung.

Rechts:
Armut war wichtiges Thema in der Fachgruppe II „Das Soziale“.

Armutsfrage zeigt Wirkung mitten in der Gesellschaft

Thema „Armut“ in der politischen Bildung eher gering. Häufig wird Armut noch als isoliertes Thema betrachtet. Armut wird in der sozialen Unterschicht verortet. Dabei wird übersehen, dass die Armutsfrage längst in der Mitte der Gesellschaft ihre Wirkung zeigt. Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat große Bevölkerungsgruppen erreicht. Daher ist der Bezug zum Armutsthema nicht nur in Fragen der sozialen Sicherung zu suchen, sondern in sämtlichen Politikfeldern, die mit der Organisation der Erwerbsarbeit befasst sind, in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Armutsfragen stehen im Zusammenhang mit der massiven Ausweitung von prekärer Arbeit und von Niedriglohnsektoren, sie stehen im Kontext der Diskussionen über Hartz IV-Sätze, das Lohnabstandsgebot, zum Mindestlohn usw. Neu betrachtet werden muss also das wechselseitige Verhältnis von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

Darüber hinaus sind für die politische Bildung in der Armutsdebatte die Begründung, die Aufgaben und die Zukunft des Sozialstaates anzusprechen. Über die Stichworte „Bildung“ und „Partizipation“ ist zugleich das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft angefragt.

3.3. Globalisierung

3.3.1 Kontext

Globalisierung – als recht unscharfer Sammelbegriff für vielfältige ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Wandlungsprozesse der Vergangenheit und Gegenwart – erfährt im Fachdiskurs der letzten Jahre eine verstärkte wie differenzierte Berücksichtigung. Auch die unmittelbaren Subthemen wie „Weltwirtschaft“, „Klimawandel“ und „Entwicklungspolitik“ werden in den Medien verstärkt behandelt. Der Titel „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ schmückt vielfach kommunale Tätigkeiten, die Hochschullandschaft und vor allem Aktivitäten von Wirtschaftsunternehmen. Der Diskurs um den Themenkomplex „Globalisierung“ ist geprägt von den Schlagworten „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und dem (fälschlicherweise) zumeist synonym gebrauchten Begriff „Globales Lernen“. Im Kontext kirchlicher Aktivitäten wird im ähnlichen Sprachgebrauch auch der Passus „weltkirchliche (Bildungs-) Arbeit“ hinzugenommen. Die zentralen Intentionen dieser Ansätze sind stets ähnlich: es soll durch umfassende Bildungsarbeit ein reflektiertes Verständnis für dynamische Globalisierungsprozesse und deren Interdependenzen gefördert werden. Zudem soll Verständnis geschaffen werden für die gemeinsame Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern und den engen Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung. Maxime ist, durch die Erweiterung der Wissens- und Urteilskompetenz schrittweise Handlungsmöglichkeiten für die Mitgestaltung in globalen Kontexten zu entwickeln.

Globales Lernen im Rahmen einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sollte als Antwort auf die vielfältigen Wandlungsprozesse der Globalisierung verstanden werden, nicht als Reaktion. Es geht um eine aktive Auseinandersetzung und um eine differenzierte wie kritische Bearbeitung der globalen Entwicklungen.

3.3.2 Diskurse in der AKSB

Der Themenkomplex ist in der AKSB nicht neu, gewinnt aber gegenwärtig wieder stärker an Bedeutung. Im Projekt „Globalisierung 2005-2006“ wurde das Thema behandelt, entsprechende Arbeitshilfen und Materialien wurden erstellt (siehe Homepage). Zudem bildet Globalisierung einen zentralen Punkt der „aktualisierenden Ergänzungen zur Konvention 2009“. Das Thema „Globales Lernen“ wurde bei den Fachkonferenzen Internationales 2009/2010 aufgegriffen und durch das Konzept der Bildung für Nachhaltige Entwicklung vertieft, welches auch Thema des IJAB-Kongresses 2010 war. Natürlich ist der Bereich hinsichtlich der Jahrestagung 2010 von großer Bedeutung, die unter dem Thema „Kompass in der Klimakrise. Umweltpolitik und Klimawandel als Themen der politischen Bildung“ steht. Für 2011 hat die AKSB zudem ein BMZ-Projekt zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung beantragt.

3.3.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

In einigen Veranstaltungen wird das Thema explizit als Hauptthema gesetzt und ist durch den Titel klar ersichtlich. Bei anderen Seminaren ist es Teil einer Veranstaltung zu einem anderen Schwerpunkt (z. B. Zukunft der Arbeit). Die inhaltliche Herangehensweise und auch der Aufbau der Seminare von Jugend- und Erwachsenenbildung sind sich insgesamt sehr ähnlich – beide Bereiche achten auf eine gewissenhafte Auseinandersetzung mit Begrifflichkeiten und Inhalten. Die methodisch-didaktische Aufbereitung zeugt von einem großen wie modernen Repertoire an abwechslungsreichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Knackpunkte in den einzelnen Seminaren sind stets die Erarbeitung von individuellen wie kollektiven Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten im Bereich der globalisierten Politik / Demokratie – aber auch die Umsetzung der individuellen Verantwortung im Kontext einer nachhaltigen Lebensgestaltung. Die Vielschichtigkeit des Themas wird von Seminarteilnehmenden häufig als sehr anstrengend und verwirrend empfunden und oft emotional besetzt.

Mit dem Thema wurden verschiedene Zielgruppen angesprochen und erreicht, z.B. Oberstufenschüler/innen (Gymnasium), Austauschschüler/innen, Hauptschüler/innen, bildungsbenachteiligte Jugendliche,

Familien (mit Kindern aller Altersgruppen) sowie Senior/innen. Personen / Gruppen, die konkrete Erfahrungen im entwicklungspolitischen Bereich mitbringen (z. B. durch einen internationalen Hilfseinsatz), können in Bildungsveranstaltungen eine wichtige Wirkung generieren – sie bringen greifbare Erfahrungen in das Seminarsgeschehen ein.

Die Ziele der Bildungsaktivitäten im Themenbereich Globalisierung sind mit den Leitlinien der katholisch-sozialen Bildungsarbeit eng verknüpft. Gerade die Reflexion der eigenen Privilegierung im Gegensatz zu Zugangschancen in der so genannten „Dritten Welt“ kann hier gute Erkenntnisse zur Weiterarbeit an wichtigen Fragestellungen der Gerechtigkeitsdebatte fördern. In den Seminaren werden hinsichtlich der Relevanz für die katholisch-sozial orientierte Bildung folgende Punkte herausgehoben: Schöpfungsverantwortung, die soziale Dimensionen der Globalisierung sowie die Gestaltung der globalen Gesellschaft.

3.3.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/ Herausforderungen für die politische Bildung

Eine katholisch-sozial orientierte Bildungsarbeit kann und muss eigene Ziele und Zielrichtungen einer professionellen Bildung für Jugendliche und Erwachsene im Kontext des Themas Globalisierung definieren und kontinuierlich fortschreiben. Die genuinen Aufgaben der politischen Bildung sind ohne Einschränkung auf das Konzept des Globalen Lernens anwendbar: Wissenskompetenz – Urteilskompetenz – Handlungskompetenz. Eine besondere Berücksichtigung im Themenkomplex Globalisierung muss sicherlich der Zielbereich „Solidaritätsförderung“ erhalten, dem sich die Themen Gerechtigkeit, Schöpfungsverantwortung und Gestaltung der Globalen Welt unmittelbar anschließen. Die Auseinandersetzung mit komplexen Bereichen wie Armut, Flucht, Sklaverei und Klimawandel ist unabdingbar für einen ganzheitlichen Ansatz.

Eine Herausforderung wird sicherlich die Fragestellung der individuellen wie kollektiven Handlungskompetenzen bzw. Partizipationsmöglichkeiten in einer globalisierten Welt. Hier gilt es Räume zu eröffnen und Möglichkeiten zu erarbeiten, zugleich muss Komplexität verringert und der Zusammenhang zwischen lokalen – nationalen und internationalen Mitwirkungsmöglichkeiten dargestellt werden.

Der gesamte Themenkomplex „Globalisierung“ ist längst noch kein selbstverständliches Thema in der (außerschulischen) Bildungslandschaft. Die erkennbare Tendenz, dass kontinuierlich mehr Seminare zum Thema oder zu einzelnen Aspekten angeboten werden, ist erfreulich. Inhaltliche Herausforderungen

bewegen sich dahin, den Parcours von „Demokratie vor der Haustüre“ bis hin zu globalen Interdependenzen kompetent zu meistern – ohne den Anschluss an moderne Entwicklungen (Web 2.0.) und die sich immer verändernden Lebenswelten Jugendlicher zu verpassen.

3.4. Arbeitsgesellschaft

3.4.1 Kontext

„Ohne Arbeit ist alles nichts!“ Treffender lässt sich wohl kaum der Stellenwert der Arbeit in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft wie vermutlich auch generell beschreiben. Dies gilt insbesondere für die einzelnen Menschen ohne Arbeit. Aber auch der gesellschaftliche Wohlstand als solcher ist unmittelbar an die Erwerbsquote gekoppelt, wofür Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und des Sozialstaates Indizien sind: Die deutsche Gesellschaft ist auch weiterhin eine Arbeitsgesellschaft.

Die berufliche Integration ist folglich wesentlich für die gesellschaftliche Integration ihrer Mitglieder bei allen zu beachtenden Differenzierungen. Allerdings zeigt sich andererseits gerade in den Bemühungen um die berufliche Integration bildungsferner und sozial benachteiligter Menschen, dass die gesellschaftliche Integration faktisch eine zentrale Voraussetzung der beruflichen Integration darstellt. So werden mangelnde Integration, geringer Bildungsstand und sozialer Status als Hemmnisse der Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung beschrieben – in oberflächigen Diskussionen oft mit Vorwürfen persönlichen Versagens verbunden. Der gegenwärtige Diskurs verweist darauf, dass der deutsche Arbeitsmarkt zum einen kaum mehr Arbeitsplätze für gering qualifizierte Menschen bietet, in umgekehrter Perspektive zum anderen die deutsche Arbeitswelt in ihrem Rationalisierungsgrad und im globalen Wettbewerb hohe Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen schon zum Berufseinstieg stellt.

Aktuell ist der Diskurs um die Beschäftigung von der (bisher erfolgreichen) Sicherung von Arbeitsplätzen angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Zurückgetreten ist in dieser Debatte, dass die Arbeitslosigkeit immer noch auf einem erschreckend hohen Stand mit einer Zunahme von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung verharrt. Die Krise hat weiterhin den Diskurs um die Arbeitsbedingungen, wie er sich etwa in der DGB-Kampagne „Gute Arbeit“ zeigt, in den Hintergrund der Aufmerksamkeit gedrängt. Für die politische Bildung berührt diese Debatte um die ethische Qualität der Arbeit zentrale Anliegen. Eine weitere aktuelle Debatte ist die Kritik der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung von „Arbeit“ jenseits der Erwerbsarbeit (Stichworte: Ehrenamt, Familienarbeit, Tätigkeitsgesellschaft).

Besondere Herausforderung: Partizipationsmöglichkeiten in einer globalisierten Welt

**AKSB-Kurse fördern
Interesse bei Jugend-
lichen am Themenfeld
„Arbeit“**

In der Katholischen Soziallehre hat „Arbeit“ als Bestandteil und Ausdruck der menschlichen Würde einen zentralen Stellenwert. Dem Menschen kommt ein ethisch begründeter Anspruch auf Arbeit zu. Arbeit ist Instrument der persönlichen Selbstverwirklichung, der Teilhabe und Beteiligung am Gemeinwohl, der gesellschaftlichen Integration und in theologischer Perspektive Form der Verwirklichung der Mitarbeit an der Schöpfung („biblischer Herrschaftsauftrag“). Aus dem Vorrang der menschlichen Arbeit vor dem Kapital werden Rechte und Ansprüche an menschenwürdige Arbeitsbedingungen, solidarischer Interessenvertretung und betrieblicher Partizipation postuliert. Diese Rechte korrelieren mit den Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

3.4.2 Diskurse in der AKSB

Die Kurse zum Thema Arbeitsgesellschaft in der politischen Jugendbildung finden durchgängig mit Jugendlichen in der Phase der Berufsorientierung bzw. in Vorbereitung auf die berufliche Integration statt. Berufsorientierung meint dabei aber nicht „Berufsberatung“ oder „(Bewerbungs-)Trainings“, sondern roter Faden in den Kursen ist die Auseinandersetzung mit dem Arbeitsmarkt und der Welt der Arbeit angesichts des eigenen mehr oder weniger kurzfristig bevorstehenden Berufslebens bzw. eigener Berufswünsche. Kennzeichnend für die Angebote ist die Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt in ihrem gesellschaftlichen Kontext. Der Zugang zur „Arbeit“ geschieht über ihre Bedeutung für die eigene Entwicklung und die Realisierung eigener Zukunftswünsche.

Die Jugendlichen wissen zwar ahnend um die Bedeutung der Arbeit und einer guten Ausbildung für ihre Zukunft. Ansonsten bringen sie kein oder kaum Vorwissen sowohl zu diesem Thema als auch zu seinem gesellschaftlichen Kontext. Die Kurse stellen durchgängig eine Einführung in die Aspekte der Arbeitswelt dar. Sie klären und erläutern zentrale Begriffe, zeigen Zusammenhänge auf, differenzieren Vorurteile und brechen eigene Engführungen und Vorurteile auf. Sie lenken und erweitern zugleich damit den Blick der Jugendlichen auf die Arbeitswelt. Oftmals sind die Kurse für die Jugendlichen die erste Begegnung mit der politischen Bildung.

Neben der Erstinformation gelingt es in den Kursen, die Jugendlichen für das Themenfeld „Arbeit“ zu interessieren. Zentrale inhaltliche Themen sind die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die Perspektiven junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, moderne Anforderungen der Arbeitswelt an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Schlüsselqualifikationen etc. Die Jugendlichen bringen eher „klassische“ Vorstellungen von „Arbeit“ mit, wie die Reduzierung des Verständnisses von Arbeit auf Erwerbsarbeit („notwendiges Übel zum Gelderwerb“) oder klassische

Rollenbilder im Blick auf das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Jungen sind in der Regel an diesem Thema zunächst weniger interessiert. Die Problematisierung und Betroffenheit verbleibt den Mädchen.

Benachteiligte Jugendliche äußern sich oft angstbesetzt zum Thema Ausbildung und Beruf. Sie wissen um ihre geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt und sind sehr illusionslos.

Arbeitsethische Themen wie Arbeitsbedingungen, gerechter Lohn, Interessenvertretung und innerbetriebliche Solidarität, also klassische Themen der Katholischen Soziallehre sind selten Inhalte in der Jugendbildung, werden aber in Maßnahmen der Erwachsenenbildung durchaus behandelt. Sie tauchen auch als „Lohndumping“ am Rande der Einheiten von Globalisierung und Arbeitsmarkt auf. Die AKSB widmet sich auch in Fachtagungen und Fachgruppensitzungen immer wieder dem Themenkomplex, so zum Beispiel mit der Fachtagung „Von der Skandalisierung der Arbeitslosigkeit zur Skandalisierung der Erwerbsarbeit“ im Jahr 2009.

3.4.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

Zielgruppen der Kurse zum Themenfeld Arbeitsgesellschaft sind Schülerinnen und Schüler von Förderschulen, weiterführenden Schulen aller Schulformen ab der achten Klasse bis zu Oberstufenschülern. Meist werden die Zielgruppen über Kooperationen mit Schulen erreicht. Es scheint so, dass die außerschulische Jugendbildung eine wichtige Ergänzung zum schulischen Unterricht und ein wichtiger Kooperationspartner der Schulen für die Themenbearbeitung ist.

Kaum erreicht werden gegenwärtig Auszubildende und die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In der Erwachsenenbildung werden unter anderem von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen mit den Maßnahmen angesprochen, aber auch Betriebsräte und andere Interessierte.

Die Kurse sind durchgängig mehrtägig und sind von der für die außerschulische Jugendbildung typische, außerordentliche Methodenvielfalt gekennzeichnet. Gerade aktivierende Methoden der Plan- und Rollenspiele, Kleingruppenarbeiten etc. kommen den Jugendlichen sehr entgegen. In der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen (Förderschüler) sind sie unabdingbar. Sehr erfolgreich war in der Arbeit mit Förderschülern die Videoarbeit. Die Methodenvielfalt berücksichtigt aber auch klassische Methoden des Vortrags und der Information durch Fachreferenten und –referentinnen (etwa von Mitarbeitern der Agentur für Arbeit oder von Arbeitgeberverbänden in Kursen

mit Oberstufenschülern). Das Repertoire an Methoden ermöglicht es den Tagungsleitern und –leiterinnen in der Praxis flexibel auf Inhalte und gruppendynamische Entwicklungen zu reagieren, um den Kurserfolg sicherzustellen. Die Konzepte sind bewährt und werden kontinuierlich in ihren einzelnen Elementen weiterentwickelt bzw. aktualisiert.

3.4.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/ Herausforderungen für die politische Bildung

Grundsätzlich findet die politische Bildung der AKSB im Feld „Arbeit und Arbeitsgesellschaft“ auf hohem Niveau statt. Die Kurse werden von unterschiedlichen Zielgruppen nachgefragt. Bemerkenswert ist der hohe Anteil von Kursen mit benachteiligten Jugendlichen. Perspektivisch sollten zukünftig Anstrengungen unternommen werden, wie Zielgruppen wie Auszubildende, junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach der Ausbildung und die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund erreicht werden. Inhaltlich sollte die Konzeptentwicklung arbeitsethische Themen für die Jugendbildung aufarbeiten, da diese für die politische Jugendbildung in katholisch-sozialer Orientierung von ihrer Herkunft her zentrale Anliegen sind und sein sollten.

3.5 Historische politische Bildung

3.5.1 Kontext

Über sechs Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Erinnerung an die NS-Zeit, vor allem an ihre Verbrechen und Opfer, fest in der politischen Kultur der Bundesrepublik verankert; nahezu dasselbe gilt für ganz Europa, wo lediglich die Erinnerung an die kommunistische Herrschaft dem in einigen Teilen des Kontinents nahe kommt. Längst bildet die Erinnerung an die NS-Zeit so etwas wie das Paradigma kollektiver Erinnerung schlechthin, mit all den damit verbundenen Theorien und zivilgesellschaftlichen Hoffnungen. Wie sehr die normativen Grundlagen unserer sich herausbildenden Weltgesellschaft gerade in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit geschaffen worden sind, wird an einer reflexiv werdenden „Erinnerungsgeschichte“ immer deutlicher. Das Bewusstsein dafür, warum dies alles so ist und speziell die Erinnerung an den Holocaust bleibender Bestandteil deutscher Identität sei (so Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Staatsbesuch 2008 in Israel), muss jedoch – soll es von den nachgewachsenen Generationen nicht als Diktat und („ungerechtes“) Verhängnis empfunden werden – stets neu erzeugt, plausibilisiert und zugleich diskutierbar gemacht werden.

Aufgabe der politischen Bildung im historischen Kontext ist es, sich wegweisend an den Diskussionen über neue Formen des historischen Lernens und der

Gedenk- und Erinnerungsarbeit zu beteiligen. Die Herangehensweise ist interdisziplinär und verknüpft die pädagogische Arbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaust mit Fragen der Moralerziehung, des Demokratielernens und der Vermittlung von Menschenrechten.

Wichtige Lernziele sind zum Beispiel die Übernahme verschiedener Perspektiven, die Bestimmung von Standpunkten und Bewertungen sowie die Auseinandersetzung mit grundlegenden Mechanismen von Identitäts- und Gruppenprozessen. Im Fokus steht dabei der konkrete Lebensweltbezug. Themen und Fragen der Gegenwart werden mit historischen Inhalten und Fragestellungen verknüpft. Insbesondere Jugendliche lernen damit, die verschiedenen Dimensionen und Perspektiven auf die NS-Geschichte ebenso wie auf die Geschichte der beiden deutschen Staaten zu erkennen und zur kritischen Reflexion gesellschaftlich tradiert historischer Erzählungen (z. B. über „Täter“, „Beteiligte“, „Retter“) anzuregen. Ein wesentlicher Baustein ist hierbei die Beschäftigung mit den Lebenszeugnissen und Perspektiven Beteiligter.

3.5.2 Diskurse in der AKSB

Das Thema ist insgesamt in den Seminarangeboten der AKSB hoch präsent. Das Thema Nationalsozialismus wurde zudem bereits in mehreren Publikationen und in einer Fachtagung „Erinnerungskultur und politische Bildung“ in der Akademie CPH Nürnberg (2004) aufgegriffen.

Hinsichtlich der Erinnerung an die beiden deutschen Staaten sowie die 20jährige Einheit wäre eine Ausweitung des Kursangebotes noch wünschenswert. Die AKSB hat im Jahr 2007 hierzu ihre Jahrestagung in Berlin durchgeführt und in 2009 die Fachtagung „Vom Wunder des Mauerfalls und der Mühsal der Einigung“ in Kooperation mit der Hegge veranstaltet. Mit Zeitzeugen setzte die Hegge den Diskurs in einem Tagung im Juni 2010 zum Thema "Die DDR - ein sozialistisches Paradies. Politische, gesellschaftliche und soziale Realitäten der DDR und ihre Beurteilung im Widerstreit" fort. Die Katholische Akademie in Berlin veranstaltete im November 2010 eine Tagung zum Thema „Katholische Kirche und Friedliche Revolution – Lernschritte und Bewährungsproben“, deren Beiträge in einer Broschüre veröffentlicht worden sind.

3.5.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

Durchgeführte Formate waren vor allem mehrtägige Seminare an historischen Lernorten sowie an Gedenk- und Erinnerungsstätten. Überwiegend erreichte Zielgruppen waren Jugendliche, aber auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Leider zu wenig Berücksichtigung fanden Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Hoher Anteil von Kursen mit benachteiligten Jugendlichen

Gedenken und Blick auf die Situation der „Opfer“ bleibt wichtig

Dass gerade für diese Zielgruppen das Thema „Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit“ identitätsstiftend sein kann, belegen z.B. die Forschungen u. a. von Prof. Dr. Viola Georgi, FU Berlin: Historisch-politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft („Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland.“ Hamburg 2003.) Das eingesetzte Methodenspektrum ist ausgesprochen beachtlich und reicht von der (unverzichtbaren) Auseinandersetzung mit Identität- Selbst- und Fremdwahrnehmung in Rollenspielen über verschiedene Wahrnehmungsübungen und dem Arbeiten mit Biografien (auch von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen) hin zu Interviews, selbst erarbeiteten Rundgängen, Geländerecherchen und medial aufbereiteten Kurzvideos und Radiospots. Kreative Methoden (aus der Theater- und Dramapädagogik, Kreatives und perspektivisches Schreiben, künstlerischer Gestaltung etc.) sind ebenso vertreten wie „Klassiker“ (z. B. Bild- und Textquellenanalysen). Immer wichtiger werden Bezugnahmen auf museumspädagogische Ansätze, die vor allem Erkenntnisse über das „gemacht sein“ von Ausstellungen liefern und in Dekonstruktionen Einzelbestandteile und Erzählabsichten von Ausstellungen dechiffrieren. Nicht zu kurz kommen soll bei all dem auch der Blick für „die Opfer“ und methodische Anregungen zur Gestaltung des Gedenkens an diese.

3.5.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/ Herausforderungen für die politische Bildung

Seit geraumer Zeit stehen die Überlegungen zur Zukunft der Erinnerungsarbeit im Zeichen des „Abschieds von den Zeitgenossen“ und der Frage, wie ihr Vermächtnis für künftige Generationen gesichert werden kann. Längst hat indes der reale Übergang vom erlebnisgesättigten „kommunikativen“ zum medial vermittelten „kulturellen“ Gedächtnis begonnen. Leitmotiv der Institutionalisierung einer hochreflexiven „Erinnerungskultur“ ist der erklärte Wille zur „Bewahrung“ der Vergangenheit an Stelle ambivalenter „Bewältigung“. Die Fragen nach dem wie und wozu, nicht nach dem ob der Erinnerung, dominieren in der Folge den Diskurs, während die Frage, was erinnert wird, auf stets neue Weise aktuell bleibt. Was wäre wünschenswert: Allem voran ginge es – gerade im Rahmen der politi-

schen Bildung – um die Herausbildung einer Ethik der Erinnerung, die Empathie, Geschichtsbewusstsein und eine universelle Perspektive mit einschließt, ohne dies als Ausstieg aus der Verantwortung des eigenen Erinnerungskollektivs zu verstehen.

Soll das – immerhin bereits beträchtliche – Erbe der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit nicht durch den Rückfall in affirmativ-nationale Positionen verspielt werden, müssen Anstrengungen und Möglichkeiten negativen Erinnerns auch über das zu Ende gehende Zeitalter der Zeitgenossenschaft hinaus fortgeführt werden. All dies braucht Foren und Ausdrucksmöglichkeiten. Und zwar vor dem breit entwickelten Hintergrund einer nonformalen Bildungslandschaft – in engen Kooperationen mit Lernorten, Museen und Gedenkstätten – sowohl in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem NS als auch mit der ehemaligen DDR.

Zugleich ist zu bedenken, dass die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit ein bestimmender Faktor ist, der im Prozess der Herausbildung migrantischer Identitäten eine Rolle spielen muss – wenn junge Migrantinnen und Migranten an ihrem Selbstbild arbeiten, ihr Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft reflektieren und ihren Platz innerhalb der Gesellschaft suchen. Doch wo bleiben in einer solchen Geschichtskultur die Erinnerungen, Erfahrungen und Geschichten der Migrantinnen und Migranten selbst – die mitgebrachten und die erst hier in Deutschland erlebten? Interessiert sich die Gesellschaft dafür, oder bleiben solche Erfahrungen ausgeschlossen? Daraus folgt: Historisches Lernen ist zunehmend auch zu verstehend als interkulturelle Aufgabe in der Einwanderungsgesellschaft.

3.6 Demographischer Wandel

3.6.1 Kontext

Der demographische Wandel ist einer der Megatrends für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Insofern ist er ein Thema von hoher gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Als Querschnittsphänomen sind davon alle Politikbereiche betroffen. Die Tatsache eines steigenden "Altenquotienten" und dessen Auswirkungen für

Links:

Die Broschüre der Katholischen Akademie in Berlin zur Tagung „Katholische Kirche und friedliche Revolution“.

Rechts:

Referenten der Tagung „DDR - ein sozialistisches Paradies?": (v.l.n.r.) Dorothee Mann (Die Hegge), Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Dr. Herbert Wagner und Michael Gennert (Die Hegge).



die Gesellschaft sind sehr deutlich im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. In der politischen Diskussion spielen dessen Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine wesentliche Rolle. Beunruhigung ruft das sich verändernde Verhältnis der Generationen hervor. Dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Mit Sorge wird diskutiert, welcher erhöhter Aufwand und Kosten an Pflegeleistungen entstehen, wenn der Anteil der Hochbetagten und Pflegebedürftigen enorm zunimmt. In der Familienpolitik wird unter dem Label „bevölkerungsbewusste oder –sensible Familienpolitik“ diskutiert, mit welchen Strategien es gelingen kann, die Geburtenrate zu erhöhen.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist das Leitmotiv der Seniorenpolitik der Kommunen. Hierzu werden dort derzeit seniorenpolitische Gesamtkonzepte entwickelt, die ausgehend von der Pflegebedarfsplanung ein umfassendes Konzept der Altenpolitik definieren. Dabei spielt das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen als Ressource eine wichtige Rolle.

Für die Christliche Gesellschaftsethik ist es wichtig, aufgrund ihrer Wertekompetenz den Aspekt der intergenerativen Solidarität in die Debatte einzubringen. Außerdem sollte sie den Fokus auf die sozialstrukturelle Dimension legen. In der Diskussion um die Relationen zwischen den Generationen werden die gravierenden Unterschiede und Pluralitäten an Lebenslagen innerhalb der Generationen, vor allem der älteren zu wenig beachtet. Für die katholisch-soziale politische Bildung bietet der demographische Wandel in seinen multiplen Facetten ein wichtiges Handlungsfeld:

- Sie kann dazu beitragen, in der Gesellschaft ein vollständiges Altersbild bewusst zu machen, dabei die Vielfalt des Alters würdigen und einen Fokus auf das aktive und engagierte Alter legen, ohne die Augen vor den altersbedingten Einschränkungen zu verschließen.
- Sie kann Bildungsprozesse für Partizipation und gesellschaftlichem Engagement gestalten, in deren Zentrum die Persönlichkeitsentwicklung und der

Erwerb und die Erweiterung von Kompetenzen für einen solchen Einsatz stehen.

- Sie kann Bürgerforen für eine partizipative Bedarfsermittlung und -analyse an infrastrukturellen Strategien und Maßnahmen zur sinnvollen Gestaltung des demographischen Wandels organisieren.
- Sie kann ältere Menschen zur Übernahme neuer Engagementrollen qualifizieren.
- Sie kann Foren des intergenerativen Dialogs zu gesellschaftlichen Themen initiieren, die alt und jung gleichermaßen betreffen.
- Sie kann im öffentlichen Leben das Bewusstsein wach halten, dass alles Leben ein „Sein zum Tod“ ist und einen unverkrampften und sensiblen Umgang mit Sterben und Tod „einüben helfen“

3.6.2 Diskurse in der AKSB

Das Thema sollte in der AKSB noch stärker behandelt werden. Für einzelne Mitgliedseinrichtungen ist der demographische Wandel jedoch schon ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit. Exemplarisch seien zwei Beispiele erwähnt: Das „Haus am Maiberg“, Heppenheim führt derzeit unter dem Titel „age-connection-bergstrasse.de“ ein intergeneratives Medienprojekt durch, bei dem eine generationen-gemischte Redaktionsgruppe politische und gesellschaftliche Themen, die alt und jung gleichermaßen betreffen, für die Veröffentlichung auf einer gemeinsam entwickelten Homepage aufbereitet. Kifas gemeinnützige GmbH Waldmünchen leitet aktuell das Projekt „Chancen des Alters, bürgerschaftliches Handeln für die Zukunft der Region“. Dabei werden in einem zweijährigen Bildungsprojekt Aktionsvorschläge entwickelt und Projekte gestartet, um den demographischen Wandel im tschechisch-bayerischen Grenzraum sinnvoll zu gestalten. Konkret wurden in einem Prozess der Bürgerbeteiligung Ideen und Wünsche für eine generationengerechte Region gesammelt. Engagementbereite ältere Menschen werden ausgebildet, einige dieser Ideen in ihrem freiwilligen Einsatz als Projekt umzusetzen.

3.6.3 Das Thema in den Kursen: Formate, Didaktik, Zielgruppen, Ergebnisse

Untersucht wurde, inwieweit die Seminare den demographischen Wandel als Kernthema aufgreifen, inwie-

Demographischer Wandel betrifft alle Politikbereiche



Links:

Blick in ein Kurs-Modul der deutsch-tschechischen Weiterbildung für Menschen 60plus der kifas GmbH Waldmünchen.

Rechts:

Teilnehmende der europäischen Jugendwochen des Franziskanischen Bildungswerks e.V. in der Jugendbildungsstätte Waldmünchen.

Chance für neue Kurskonzepte nutzen

weit er bei Kursen zur Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien-, Bevölkerungs-, Regional- und Infrastrukturpolitik zur Sprache kommt. Ferner wurden Veranstaltungen einbezogen, die das bürgerschaftliche Engagement von und für ältere Menschen, den intergenerativen Dialog sowie die gesellschaftliche Relevanz und Macht einzelner Generationen thematisieren.

An zwei Beispielen, die sich dem Themenkomplex „demographischer Wandel“ im engeren Sinne zuordnen lassen – jeweils einer im Bereich der Jugendbildung und der Erwachsenenbildung –, soll die Vorgehensweise erläutert werden. In dem Kurs der Erwachsenenbildung wurde mit ehrenamtlich Engagierten in der Hospizarbeit deren Engagement reflektiert. Kernfrage war die gesellschaftliche Wahrnehmung von Sterben, Tod, Leiden und Trauer. Die Themen Sterben und Tod müssten, so die Kurserfahrungen, noch mehr enttabuisiert werden. Trauer ist wichtig, gleichwohl, angesichts der hohen Leistungsfixierung, gesellschaftlich dysfunktional. Von der didaktischen Anlage hatte das Seminar eine Mischung aus erarbeitenden (Kleingruppenarbeit) und darbietenden (Vorträge, Film) Methoden. Die Kleingruppenarbeit bot ein Forum des Dialogs über die Erfahrungen in der Engagementpraxis. In einem Seminar des Sozialen Seminars der Diözese Osnabrück, in dem sich SchülerInnen der Sekundarstufe II eine Gymnasiums mit dem Thema „Leben und Zukunft in der Gesellschaft gestalten“ auseinandersetzen, wurde im Rahmen der Bearbeitung gesellschaftlicher Trends auch der demographische Wandel angesprochen.

In einigen Kurskonzepten gibt es zwar Ansätze, das Generationenverhältnis z.B. bei Fragen sozialer Sicherung aufzugreifen. Insgesamt muss zukünftig dem Thema aber mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

3.6.4 Ausblick zur Weiterarbeit und Trends/ Herausforderungen für die politische Bildung

Die unter 3.6.1 beschriebenen Aufgaben bieten thematische Denkansätze, die in der AKSB zu konkreten Bildungsdienstleistungen operationalisiert werden sollten. Der demographische Wandel ist eine Steilvorlage: Er bietet die Chance, aus bereits vorhandenen Kompetenzbeständen nachfrageträchtige Seminare zu konzipieren. Die AKSB wird das Thema im Hinblick auf die Jahrestagung 2011 verstärkt in den Blick nehmen.

3.7. Weitere Themen

3.7.1 Migration/Integration

Zum Themenkomplex „Migration/Integration“ werden sehr viele Kurse durchgeführt. Er wird auf unterschiedliche Art und Weise bearbeitet und war sowohl Kursthema als auch Titel einer Kurseinheit oder wurde

angesprochen, obwohl es inhaltlich nicht im Zentrum stand. Bemerkenswert ist, dass bei vielen Kursen, die sich dieser Thematik widmeten, Menschen mit Migrationshintergrund als Teilnehmende präsent waren. Offenbar gelingt es den AKSB-Mitgliedseinrichtungen, diese Zielgruppe, die bei der politischen Bildung eher zu den bildungsfernen Schichten gehört, in beachtlichem Ausmaß zu gewinnen.

Thematische Hauptschwerpunkte waren Aspekte der Integration, gefolgt von interkulturellen Fragestellungen. Auffällig ist, dass in den Seminaren für Migrant/innen zunehmend auch tagesaktuelle Themen eine wichtige Rolle spielen. So wurden die Jahrestage zur Deutschen Einheit, aber auch die Finanzkrise zum Anlass genommen, den Teilnehmenden über die unmittelbaren Fragen von Migration/Integration und Beteiligung an Gesellschaft hinausgehende Themen anzubieten, die gleichzeitig immer auch die besondere Situation der Migrant/innen aufgreifen. Am wenigsten wurde über die Einwanderungspolitik diskutiert. Da durch die demographische Entwicklung und durch den Zuwanderungsdruck z.B. aus Afrika die Frage der Gestaltung der Immigration immer wichtiger werden wird, wäre es wünschenswert, wenn sich dies künftig in der Gewichtung der Kursthemen niederschlagen würde.

3.7.2 Internationales/DPJW

Die internationale (Jugend-) Arbeit ist der AKSB ein wichtiges Anliegen. Die in den Maßnahmen aufgegriffenen Themen sind vielfältig. Es ist zu überlegen, wie die verschiedenen Bereiche und Formate noch besser vernetzt und an die übergreifenden Strukturen der Bundesweiten Zusammenarbeit angebunden werden können. Als wichtige und zukunftsweisende Themen werden für die kommenden Jahre neben den „Klassikern“ unter die Themen Globalisierung, Klimawandel und Web 2.0. gesehen. Die internationale Bildung hat in all diesen Bereichen besondere Kompetenzen und Anknüpfungsmöglichkeiten, die es stärker zu nutzen gilt. Das umfassende Konzept des Globalen Lernens/der Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist hier zukunftsweisend und wird daher eine wichtige Rolle spielen. Der Austausch über die Rahmenbedingungen der Maßnahmen internationaler Jugendarbeit mit ‚bildungsfernen‘ Zielgruppen sollte vertieft geführt werden. Es deutet sich an, dass dies aber Veränderungen und Innovationen in der Fachdidaktik und Methodik erforderlich macht und über andere Zugänge zu den Jugendlichen nachgedacht werden muss. Kritisch zu prüfen wäre dabei auch, inwieweit klassische Kursformate die Zielgruppe ausschließen und sie so erst zu ‚bildungsfernen‘ stigmatisiert.

Da bestimmte Zielgruppen offensichtlich nur durch Kooperationen mit anderen Einrichtungen und Organisationen erreicht werden können, gilt es, hier neben den klaren förderrechtlichen auch qualitative

Standards zu pflegen und weiter zu entwickeln. In der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen müssen klare Bedingungen bei den Absprachen und der Durchführung gegeben sein. Dieser Diskurs wird auch in der AKSB weiter geführt werden.

Einen Schwerpunkt in der Internationalen Arbeit stellt der deutsch-polnische Jugend- und Schulaustausch dar. Es bewährt sich, dass die AKSB für beide Bereiche als Zentralstellen tätig ist. Vermehrt gehen außerschulische Träger Kooperationen mit Schulen ein. Die Vorgaben des DPJW für eine solche Zusammenarbeit sind sehr eng, so dass der Austausch oftmals als Schulbegegnung abgerechnet werden muss. Ein Modellprojekt, das seit 2009 läuft, soll die Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Bildungseinrichtungen näher klären. In diesem Projekt arbeiten auch zwei AKSB-Träger mit. Derzeit ist aber zu befürchten, dass die strengen Regelungen des DPJW zur Anerkennung als außerschulische Begegnung nicht verändert werden. Daher ist der Vorstoß des DPJW, für den Schulaustausch ähnliche Förderbedingungen zu schaffen wie für den außerschulischen Austausch sehr zu begrüßen. Bislang ist es aufgrund der Zuständigkeit der Länder für die Schulen in Deutschland nicht möglich, deutsche Schüler/innen mit Bundesmitteln über das DPJW zu fördern.

Im laufenden Jahr hat sich die Zusammenarbeit mit dem DPJW in beiden Referaten deutlich verbessert, was im wesentlichen auf veränderte Kommunikationsstrukturen und einer offenen Aussprache zwischen AKSB und Fördergeber zurückzuführen ist. Gleichzeitig bewährt sich die jahrelange enge und intensive Zusammenarbeit sowohl auf der Ebene der Zentralstelle mit der DPJW-Sachbearbeitung Förderung (z.B. bei der Einführung der neuen Software SOWA) wie auch zwischen den Geschäftsführungen. Der AKSB-Geschäftsführer moderiert auch weiterhin die AG Richt-

linien. Erfreuliches Ergebnis ist der frühe Abschluss einer neuen Fördervereinbarung für die Jahre 2011 bis 2013. Die Vereinbarung bringt für die AKSB-Zentralstelle deutliche Vereinfachungen im Verwaltungsverfahren aber auch finanzielle Sicherheit mit sich, da die Förderquote auf mindestens 60 % erhöht worden ist und erstmalig Schule wie außerschulischer Austausch mit der gleichen Quote unterstützt werden können.

Für die kommenden Jahre wird auf Seiten der AKSB angestrebt, die Kooperation von außerschulischen Bildungseinrichtungen und katholischen Schulen zu verstärken und die katholischen Schulen in Deutschland wie in Polen zu einer größeren Beteiligung im deutsch-polnischen Austausch zu motivieren. Dadurch kann auch die Arbeit insgesamt der AKSB-Mitglieder nochmals beworben werden. Das SChDW, unser polnischer Partner als katholische Zentralstelle, will sich an dieser Initiative aktiv beteiligen.

Daneben sollen auch die inhaltlichen Kompetenzen innerhalb der AKSB dem DPJW gegenüber aufgezeigt werden. So wäre es zu begrüßen, wenn dieses bei der Entwicklung von Konzepten für historisch-politische Bildung im DPJW auf die Erfahrungen der AKSB-Mitglieder zurückgreifen würde.

3.7.3 Web 2.0

Die Kommunikation über das Internet nimmt immer stärker zu. Die Chancen und Risiken dieses Mediums müssen auch in der politischen Bildung stärker bedacht werden. Immerhin führten vermeintliche Wahlprognosen bei „twitter“ zu Diskussionen, gar die Wahlergebnisse anzufechten. Die AKSB hat sich über ihren Geschäftsführer Lothar Harles an den Planungen der Tagung „Politische Bildung und Web 2.0“ beteiligt, die durch die bpb 2010 durchgeführt wurde. Das Thema soll zukünftig eine stärkere Rolle in der Arbeit der AKSB spielen.

Schwerpunkt in der internationalen Bildungsarbeit: Deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch

>>> 4. Kooperationen/Interessenvertretung/Netzwerke

4.1 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat seine fachliche und politische Präsenz durch verschiedene Maßnahmen verstärkt. Durch die Einführung eines regelmäßigen Newsletters, der Vergabe des Preises politische Bildung und den in Kürze erscheinenden „Trendbericht politische Bildung“ sowie einer aktualisierten Website-Gestaltung sind die Grundlagen für eine qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit gelegt worden.

Die große Resonanz auf die Kampagne Demokratie braucht politische Bildung mit einer eigenen Website www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de zeigt, dass sich diese Investitionen langsam auswirken. Mit der ab dem Jahr 2011 vorgesehenen Kooperation im Zeitschriftenbereich durch die gemeinsame Herausgabe des „Journal für politische Bildung“ verstärken sich diese Synergieeffekte sicherlich noch mehr.

Seit April 2010 hat mit der Übernahme des Amtes des bap-Vorsitzenden durch den AKSB-Geschäftsführer, Lothar Harles, im Rahmen einer Nachwahl die AKSB

Intensive Zusammenarbeit mit KBE und afj

als Fachorganisation verstärkt Verantwortung übernommen. Von Seiten der bap-Mitglieder wurde er im November 2010 durch Wiederwahl einstimmig bestätigt.

4.2 GEMINI

Die regelmäßigen Treffen im Verbund der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung dienen vor allem zum intensiven Austausch über jugendpolitische Entwicklungen und Vorhaben der Bundesregierung. In diesem Jahr wurde beschlossen, dass sich GEMINI erneut mit einem gemeinsamen Stand beim 14. Deutschen Jugendhilfetag (DJHT) vom 7. bis 9. Juni 2011 in der Messe in Stuttgart präsentiert. Für die Vorbereitungsmaßnahmen hat GEMINI eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der seitens der AKSB der Presse- und Öffentlichkeitsreferent Markus Schuck angehört. Inhaltlicher Schwerpunkt für die Mitwirkung beim DJHT wird das Thema „Partizipation und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft“ sein.

4.3 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

In vielfältiger Form arbeitet die AKSB eng mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) zusammen. Im März 2010 gab es erstmals ein gemeinsames Treffen der Vorstände von AKSB und der KBE in Frankfurt. Ziel war es, die Zusammenarbeit zu stärken und gemeinsame Interessen zu formulieren. Neben den schon auf den Weg gebrachten Kooperationen im Bereich Förderprogramm bpb, dem Projekt Lebenskundlicher Unterricht (LKU) und der gemeinsamen Trägerschaft des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung – zusammen mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) – hat es in diesem Jahr bereits wieder eine gemeinsame Fachkonferenz mit dem Akademieleiterkreis zum Thema "interreligiöse/interkulturelle Bildung" gegeben. Weitere Felder der intensiven Zusammenarbeit ergeben sich zum einen bei dem Grundtvig-Projekt "European InfoNet" (vgl. S. 6), bei dem die KBE Projektträger ist und die AKSB in den Bereichen Steuerungsgruppe, Marketing und bei den Korrespondenten mitwirkt, sowie zum anderen im Förderprogramm der bpb, bei dem die AKSB-Zentralstelle die Sachbearbeitung für die KBE übernommen hat (vgl. S. 7).

4.4 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung wird gemeinsam getragen von der AKSB, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und der

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz/Jugendhaus Düsseldorf. Auf europäischer Ebene vertritt das Büro die Interessen des katholischen Netzwerkes Jugend in Europa, Rete Juventutis. Seit April 2010 ist das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in Brüssel nach kurzer Vakanz wieder dauerhaft besetzt und wird nun von Christina Gerlach geleitet. Zu den Aufgaben Europabüros gehört u.a. die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen auf europäischer Ebene im Bildungsbereich. Thematisch orientiert sich die inhaltliche Arbeit des Büros an den Themen der Europäischen Jahre 2010 (Armut) und 2011 (Freiwilligentätigkeit). Zurzeit beschäftigt sich das Büro intensiv mit den Aktivitäten der EU-Kommission, die EU-Förderprogramme im Bildungsbereich für die Jahre nach 2013 neu auszugestalten. Die Kommission hat hierzu im Herbst einen Konsultationsprozess gestartet, den das Europabüro begleitet. Eng verbunden mit der Frage nach der neuen Programmgeneration ist auch die Zukunft der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“. Das Europabüro verfolgt diese Initiative seit ihrer Vorstellung im Frühjahr. In dieser Initiative werden verschiedene politische Maßnahmen angekündigt, die die Arbeit auf europäischer Ebene auch in den kommenden Jahren begleiten werden.

Bei Veranstaltungen der Trägerorganisationen mit Bezug zu aktuellen europäischen Themen war das Büro in einigen Fällen an der Vorbereitung beteiligt. Die vergangenen Monate wurden vor allen Dingen dazu genutzt, alte Kontakte des Büros in Brüssel wieder aufleben zu lassen und neue zu knüpfen. Dazu gehörte natürlich auch die Teilnahme verschiedener Veranstaltungen auf nationaler und europäischer Ebene, um dort die Anliegen katholischer Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu kommunizieren. Die Information und ständige Aktualisierung der Internetseite www.cathoyouthadult.org bildet gehört zu den weiteren Aufgaben des Büros. Über die Internetseite werden Informationen und Positionen aus dem Bereich der europäischen Jugend- und Bildungspolitik zeitnah zur Verfügung gestellt. Dabei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Informationsdienst der Comece und der Zeitschrift Erwachsenenbildung. Das Europabüro versteht sich zusätzlich als Dienstleister für die Einrichtungen seiner Träger. Dabei stehen Informationen und Beratung zur EU-Förderlandschaft und die Vermittlung von Ansprechpartnern im Vordergrund. Maßgeblich beteiligt ist das Europabüro am europäischen Projekt European InfoNet Adult Education. Neben der Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen des Projektes galt es in diesem Jahr vor allen Dingen die Frage der weiteren Finanzierung des Projektes zu klären, da das Projekt im Herbst 2011 ausläuft.

>>> 5. Anlagen

5.1 Termine des AKSB im Jahr 2010

14.01.2010	Referentenbesprechung	Caritas-Akademie, Köln
27.-28.01.2010	Vorstandssitzung 1/2010	Caritas-Akademie, Köln
12.-13.02.2010	Deutsch-polnische Weiterbildungskonferenz Süd	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
22.02.2010	Strukturstellenkonferenz Didado	Franz Hitze Haus, Münster
22.02.2010	Strukturstellenkonferenz Öffentlichkeitsarbeit	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.02.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Franz Hitze Haus, Münster
23.-24.02.2010	Fachtagung „Neue Impulse, um Solidarität zu lernen“	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.2010	Fachgruppe I – Das Politische	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.2010	Fachgruppe II – Das Soziale	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.2010	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Franz Hitze Haus, Münster
25.03.2010	Vorstandssitzung 2/2010	Haus am Dom, Frankfurt
19.-20.04.2010	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2010“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
04.05.2010	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.-21.05.2010	Vorstandssitzung 3/2010	Katholische Akademie Berlin
09.-11.06.10	Verwaltungsfachtagung – in Kooperation mit der Akademie Klausenhof	Heimbildungsstätte der Caritas, Bad Saarow
22.06.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
01.07.2010	Fachkonferenz „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
08.07.2010	BMZ Erfahrungsaustausch u. Informationstreffen	Domforum, Köln
12.07.2010	Vorstandssitzung 4/2010	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
02.09.2010	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
20.-21.09.10	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Benediktushöhe, Retzbach
21.-22.09.10	Vorstandssitzung 5/2010	Benediktushöhe, Retzbach
22.09.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Benediktushöhe, Retzbach
22.-23.09.2010	Strukturstellenkonferenz Didado	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.2010	Fachgruppe I – Das Politische	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.2010	Fachgruppe II – Das Soziale	Benediktushöhe, Retzbach
30.09.-01.10.10	Deutsch-polnische Weiterbildungskonferenz DPJW	Franz Hitze Haus, Münster
26.10.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
21.-22.11.2010	Vorstandssitzung 6/2010	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.11.2010	AKSB-Jahrestagung 2010 "Umweltpolitik und Klimawandel als Thema politischer Bildung" in Kooperation mit der Akademie Franz Hitze Haus (FHH)	Franz Hitze Haus, Münster
23.-24.11.2010	AKSB-Mitgliederversammlung 2010	Franz Hitze Haus, Münster
09.12.2010	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn
15.-17.12.2010	Menschenrechte und ihre Umsetzung in Kooperation mit KMBA und zebis	Erbacher Hof, Mainz

5.2 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB

Politische Bildung allgemein

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (M)

Europäische Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA) (M)

Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung in der Bundesrepublik Deutschland (GEMINI) (M)

IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (M)

Staatliche und zwischenstaatliche Stellen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
 Bundesministerium des Innern (BMI)
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBWF)
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)
 ConAct- deutsch-israelisches Koordinierungsbüro
 Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)
 Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)
 JUGEND in Aktion – Deutsche Agentur
 Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)
 Tandem – Fachstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch

Kirchliche Stellen, Einrichtungen und Zusammenschlüsse

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)
 Bereich Pastoral, Glaube und Bildung, Kirche und Gesellschaft sowie Migration und Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz
 Deutsche Kommission Justitia et Pax
 Forum Hochschule und Kirche (FHOK) (M)
 Jugendhaus Düsseldorf e.V.
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für berufliche Bildung (M)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (M)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (KJS)
 Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
 Kommissariat der Deutschen Bischöfe / Katholisches Büro, Berlin
 Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)
 Leiterkreis der katholischen Akademien (Gast)
 Misereor
 Renovabis
 Rete Juventutis – Katholische Jugend in Europa
 Trägerkreis katholische Träger der Jugendhilfe (M)
 Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)

Persönliche Mitgliedschaften in bundeszentralen Gremien der Jugendhilfe und Erwachsenenbildung durch Wahl oder Berufung

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (Geschäftsführer: Vorsitzender)
 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) – Runder Tisch (Geschäftsführer)
 IJAB (Geschäftsführer: Vorsitzender)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (stv. Vorsitz durch den AKSB-Vorsitzenden Dr. Becker)
 Nationaler Beirat für das EU Aktionsprogramms Jugend (Vorsitz) (Geschäftsführer)
 Programmspezifische Arbeitsgruppe KJP Programm Internationale Jugendarbeit (Geschäftsführer)

(M = Mitgliedschaft) (Stand Anfang November 2010)

5.3 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2009/2010**Bundesministerium des Innern (BMI)**

Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)

Programm 01.01: Politische Bildung – Kurse
 Programm 05.04: Junge Menschen mit Behinderung
 Programm 14.01.01: Internationale Jugendarbeit

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung – FEB

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung

ConAct

Programm 14.01.01: Internationale Jugendarbeit: deutsch-israelischer Jugendaustausch

Deutsch-Französisches Jugendwerk

Deutsch-französische Begegnungen und trilaterale Veranstaltungen

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Deutsch-polnische Begegnungen im Jugend- und Schüleraustausch; Fachkräftemaßnahmen

Jugend für Europa

Begegnungen mit EU-Staaten und gleichgestellten europäischen Ländern, Begegnungen mit Dritt-Staaten; Aus- und Fortbildung (in der Regel Direktförderung)

Renovabis

Veranstaltungen und Projekte mit MOE-Staaten (in der Regel Direktförderung)

Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)

Programm 14.01.01: Internationale Jugendarbeit: deutsch-russischer Jugendaustausch

Tandem

Programm 14.01.01: Internationale Jugendarbeit: deutsch-tschechischer Jugendaustausch

5.4 Neue AKSB-Publikationen 2010**AKSB-Publikationen beim Wochenschau Verlag****Position beziehen im 21. Jahrhundert. AKSB-Jahrbuch 2011/2012 zur katholisch-sozial orientierten politischen Bildung**

AKSB (Hrsg.), Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2010, ISBN 978-3-89974610-5, 208 Seiten, 24,80 Euro

Eigene Publikationen der AKSB**Am Puls der Zeit. Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB und Aktualisierende Ergänzungen**

AKSB (Hrsg.), Bonn 2010, 84 Seiten, kostenloser Bezug

AKSB-Inform 2009 – Ausgabe 4, AKSB-Inform 2010 – Ausgabe 1 bis 3

AKSB (Hrsg.), Bonn 2009/2010, 24 Seiten, kostenloser Bezug

AKSB didado® spezial

Ausgabe Nr. 3, Methoden zum Thema „Planspiele“

AKSB (Hrsg.), Bonn Juni 2010, 4 Seiten, kostenloser Bezug

Ausgabe Nr. 4, Methoden zum Thema „Klimawandel“

AKSB (Hrsg.), Bonn November 2010, 4 Seiten, kostenloser Bezug

Alle eigenen Publikationen der AKSB können kostenfrei bei Andrea Rein, sekretariat-bp@aksb.de, bestellt werden.**Impressum**

Hrsg.: AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB-Inform Sondernummer 1/2010) Bonn, 15. November 2010

© 2010 AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53123 Bonn, Heilsbachstr. 6

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Auflage: 1.000

ISSN 0937-8383

Verantwortlich: Lothar Harles

Redaktion: Markus Schuck

Unter der Mitarbeit von: Carolin Auner, Dr. Stefan Baumeister, Bernhard Eder, Michael Götz, Detlef Herbers, Ulrike Leikhof, Dr. Doris Katheder, Hildegard Pieper, Andrea Sommersberg, Ute Stolz, Wilfried Wiene.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Bildnachweis

Titelbild groß, Titelbild kl. mi., S.2, 7, 11 li., AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild kl. li., S. 6, European InfoNet; Titelbild kl. re., S. 6, Birgitta Reichmann, Katholische Akademie Rabanus Maurus; S. 10, 17, Franziskanisches Bildungswerk e.V.; S. 10, Akademie Klausenhof; S. 11, © S.G.S. / Pixelio; S. 16 li., Katholische Akademie in Berlin; S. 16 re., Die Hegge; S. 17, kifas GmbH Waldmünchen.

Termine

Termine der AKSB in 2010

21.-22.11.2010	AKSB-Vorstandssitzung 6/2010	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.11.2010	AKSB-Jahrestagung 2010 „Kompass in der Klimakrise. und Klimawandel als Thema politischer Bildung“ in Kooperation mit der Akademie Franz Hitze Haus (FHH)	Franz Hitze Haus, Münster Umweltpolitik
23.-24.11.2010	AKSB-Mitgliederversammlung 2010	Franz Hitze Haus, Münster
09.12.2010	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn
15.-17.12.2010	„Menschenrechte und ihre Umsetzung – Möglichkeiten und Grenzen“, Fortbildung für Bildungsreferentinnen und -referenten in Kooperation mit dem Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis) und dem Katholischen Militärbischofsamt (KMBA)	Erbacher Hof, Mainz

Termine der AKSB in 2011

09.-10.02.2011	AKSB-Vorstandssitzung 1/2011	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
28.02.-01.03.11	Fachgruppen I-III Bonifatiushaus, Fulda	
02.-03.03.2011	Fachtagung „Familie und Medien“	Bonifatiushaus, Fulda
11.-12.04.2011	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2011“	Maison ND du Chant d'Oiseau, Brüssel
03.05.2011	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
16.-17.05.2011	AKSB-Vorstandssitzung 2/2011	Haus am Maiberg, Heppenheim
25.-27.05.2011	Verwaltungsfachtagung – in Kooperation mit der Akademie Klausenhof	Klausenhof, Hamminkeln Akademie
07.07.2011	Fachkonferenz „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
07.-09.07.2011	14. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag	Stuttgart
14.-15.09.2011	AKSB-Vorstandssitzung 3/2011	Erbacher Hof, Mainz
19.-20.09.2011	Fachgruppe I – Das Politische	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.09.2011	Fachgruppe II – Das Soziale	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.-21.09.2011	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
29.-30.09.2011	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Kardinal Schulte Haus, Bensberg
20.-21.11.2011	AKSB-Vorstandssitzung 4/2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
21.-22.11.2011	AKSB-Jahrestagung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
22.-23.11.2011	AKSB-Mitgliederversammlung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
08.12.2011	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2012

23.-24.04.2012	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2012“	Haus am Maiberg, Heppenheim
08.05.2012	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
16.-20.05.2012	98. Katholikentag	Mannheim
13.-15.06.2012	Verwaltungsfachtagung	Caritas-Pirckheimer Haus, Nürnberg
25.-26.11.2012	AKSB-Vorstandssitzung 4/2012	Katholische Akademie, Berlin
26.-27.11.2012	AKSB-Jahrestagung 2012	Katholische Akademie, Berlin
27.-28.11.2012	AKSB-Mitgliederversammlung 2012	Katholische Akademie, Berlin

gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Neue Publikationen der AKSB

Position beziehen im 21. Jahrhundert. AKSB-Jahrbuch 2011/2012 zur katholisch-sozial orientierten politischen Bildung
AKSB (Hrsg.), Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2010, ISBN 978-3-89974610-5, 208 Seiten, 24,80 Euro



Hrsg.: AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Geschäftsstelle: Heilsbachstraße 6 · 53123 Bonn · Tel. 0228 – 2 89 29-30 · Fax 0228 – 2 89 29-57
info@aksb.de · www.aksb.de · Verantwortlich: Lothar Harles · Redaktion: Markus Schuck